

Gratis-Beigabe zur Specialkarte von Braunschweig bis 1. Oct. 1879.

Sammelkasten VIII. B. 35.
Die Gerichtsverfassung

und

das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten
und Strafsachen

nach den neuen Reichsjustizgesetzen

in kurzer Uebersicht

mit besonderer Berücksichtigung der Handel- und Gewerbetreibenden

für das Herzogthum Braunschweig

dargestellt.

BIBLIOTHEK
HERZOGL.
TECHN. HOCHSCHULE
CAROLO-WILHELMINA
BRAUNSCHWEIG.

Druck und Verlag von L. Hölles Nachfolger.

1879.

Die Gerichtsverfassung

und

das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten
und Strafsachen

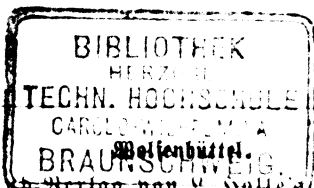
nach den neuen Reichsjustizgesetzen

in kurzer Uebersicht

mit besonderer Berücksichtigung der Handel- und Gewerbetreibenden

für das Herzogthum Braunschweig

dargelegt.



Druck und Verlag von V. Neff's Nachfolger.

1879.

Vorwort.

Die mit dem 1. October dieses Jahres ins Leben tretenden Reichsjustizgesetze werden auf dem Gebiete des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strassachen einen Umschwung hervorbringen, wie er größer und einschneidender wohl kaum jemals eingetreten ist. Sind es nun auch in erster Linie die Richter, Anwälte und Staatsanwälte, welche sich mit denselben bekannt zu machen und dieselben anzuwenden haben, so ist doch bei der sehr selbstständigen Stellung, welche künftig die Parteien in der Durchführung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten haben werden, bei der bedeutend erweiterten Zuständigkeit der Amtsgerichte — vor welchen Jeder seine Sache selbst, ohne Rechtsbeistand, führen kann — und bei der sehr ausgedehnten Thätigkeit des Laienelements bei der Strafrechtspflege eine Kenntniß des neuen Verfahrens, wenigstens in seinen Grundzügen, auch für das Publikum, insbesondere die Geschäftsleute, welche erfahrungsgemäß ohne Anspruch:

nahme der Gerichte nie werden auskommen können, wenn nicht unerlässlich, so doch außerordentlich empfehlenswerth.

Daß die Reichsjustizgesetze selbst dem Nichtjuristen zur Erlangung einer solchen Uebersicht nicht wohl dienen können, liegt auf der Hand, denn dieselben sind so umfangreich und enthalten eine solche Menge für den Nichtfachmann unverdaulichen Materials, daß es mit großen Schwierigkeiten und Zeitopfern verknüpft sein würde, die Bestimmungen, auf welche es zu dem oben gedachten Zweck hauptsächlich ankommt, herauszufinden.

Die nachfolgende kleine Abhandlung will versuchen eine möglichst gedrängte und übersichtliche Zusammenstellung der für das Publikum wichtigsten Grundsätze und Bestimmungen der Gerichtsverfassung, des neuen Verfahrens und der für das Herzogthum Braunschweig erlassenen Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen zu liefern.

Erster Theil.

Die Gerichte und deren Zuständigkeit.

I. Allgemeine Grundsätze.

Der für das Herzogthum Braunschweig bereits durch die neue Landschaftsordnung vom Jahre 1832 gegebene Grundsatz, daß alle Gerichtsbarkeit vom Staate ausgehe und die Privatgerichtsbarkeit aufgehoben sein solle, ist durch das Gerichtsverfassungsgezet künftig für das ganze deutsche Reich maßgebend. Niemand soll seinem ordentlichen Richter entzogen werden, und Ausnahmegerichte sind daher unstatthaft, jedoch wird hierdurch eine Anzahl besonders für zulässig erklärter Gerichte, so — abgesehen von für uns weniger wichtigen — die Militärgerichte und Gewerbegerichte, nicht berührt. Die Gewerbegerichte, an deren Stelle — so lange besondere Gerichte noch nicht bestehen — die Gemeindebehörden treten, sind zuständig für Streitigkeiten der Gewerbetreibenden aus dem Gewerbebetriebe; jedoch steht den Betheiligten gegen die Entscheidungen derselben binnen 10 Tagen eine Berufung an die ordentlichen Gerichte zu. Im Nebri-

gen erstreckt sich die Gewalt der ordentlichen deutschen Gerichte auf alle Personen, welche sich im Gebiete des deutschen Reiches aufhalten, und sind von derselben nur ausgenommen die Landesherrn und Mitglieder landesherrlicher Familien, sowie die Mitglieder der Gesandtschaften, deren Familien und Geschäftspersonal, nicht dagegen die Consuln, falls dieselben nicht durch besondere Verträge befreit sind. Es darf zwar an und für sich jedes Gericht nur in dem ihm gegebenen Bezirke amtlich handeln, und ist, falls in einem andern Bezirk vorzunehmende Proceßhandlungen, wie z. B. Einnahme eines Augenscheins, nöthig werden, das betreffende Amtsgericht um Rechtshilfe anzugehen, aber eine wesentliche Aenderung gegen früher tritt doch insofern ein, als Urtheile ohne Weiteres in ganz Deutschland vollstreckbar sind, als Ladungen und sonstige Gebote der Gerichte auch außerhalb des Bezirks derselben sich aufhaltende Personen binden und als dieselben künftig unmittelbar durch die Post oder einen direct beauftragten Gerichtsvollzieher, nicht mehr durch zu ersuchende Gerichte, geschehen. Nur ausnahmsweise, nämlich bei Vollstreckung von Freiheitsstrafen muß die Staatsanwaltschaft des Landgerichts ersucht werden, in dessen Bezirk der betreffende Verurtheilte seinen Wohnsitz hat.

Öffentlichkeit der Verhandlungen.

Die Verhandlung vor Gericht, die Verkündigung der Urtheile und Beschlüsse geschieht in

öffentlicher Sitzung mit Ausnahme des Verfahrens wegen Entmündigung oder Aufhebung der Entmündigung, jedoch können die Gerichte bei Gesuchen auf Antrag der Parteien und überhaupt in allen Sachen die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dieselben Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit besorgen lassen; aber auch hier erfolgt die Verkündigung des Urtheils öffentlich. Der Zutritt zu den öffentlichen Verhandlungen kann nur unerwachsenen und solchen Personen versagt werden, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und in einer der Würde des Gerichts nicht entsprechenden Weise erscheinen.

Die Aufrechthaltung der Ordnung in den Sitzungen liegt dem Vorsitzenden ob, und kann das Gericht Personen, welche den zu diesem Zweck erlassenen Befehlen nicht gehorchen, entfernen und bis zu 24 Stunden in Haft abführen lassen, auch Solche, welche sich einer Ungebühr schuldig machen, zu einer Ordnungsstrafe bis zu 100 Mk. oder 3 Tagen Haft verurtheilen und zwar vorbehaltlich der ordentlichen Strafverfolgung. Werden in einer Sitzung strafbare Handlungen begangen, so hat das Gericht den Thatbestand festzustellen, in den geeigneten Fällen auch die sofortige Verhaftung des Thäters zu verfügen.

Die Abstimmung und Berathung des Gerichts erfolgt nicht öffentlich. Die Reihenfolge der er-

Sitzungsvollzieher.

Abstimmung und Berathung des Gerichts.

stieren geschieht nach dem Dienstalter und wenn dieses gleich ist, Lebensalter; die Jüngsten stimmen zuerst, der Vorsitzende zuletzt. Bei den Geschworenen richtet sich die Reihenfolge der Abstimmung nach der Ausloosung, jedoch stimmt auch hier der Obmann zuletzt.

Schöffen und Geschworene sind verpflichtet, über den Hergang bei Berathung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten.

Gerichtsferien.

Alljährlich finden Gerichtsferien statt, welche vom 15. Juli bis 15. September dauern. Während derselben werden nur Feriensachen, nämlich:

Strasssachen, Arrestsachen, Meß- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Miethern und Vermiethern wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung der Wohnungen, sowie wegen Zurückhaltung der vom Miether in die Wohnung eingebrachten Sachen, Wechsel- und Bausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird, und endlich auf Antrag einer Partei und Beschluß des Gerichts Sachen, welche der Beschleunigung bedürfen, erledigt. Auf das Mahn- (Zahlungsbefehle), Vollstreckungs- und Concursverfahren haben die Ferien keinen Einfluß.

II. Von den einzelnen Gerichten.

Im Herzogthum Braunschweig bestehen vom 1. October 1879 an:

1. ein Oberlandesgericht mit dem Sitz in Braunschweig,
2. zwei Landgerichte und zwar das eine in Braunschweig, das andere in Holzminden,
3. 24 Amtsgerichte.

Das Landgericht Braunschweig umfaßt die Amtsgerichte

1. Braunschweig (Stadt Braunschweig),
2. Riddagshausen,
3. Bockelde,
4. Thedinghausen,
5. Wolfenbüttel,
6. Schöppenstedt,
7. Salder,
8. Harzburg,
9. Königsutter,
10. Schöningen,
11. Helmstedt,
12. Vorsfelde,
13. Calvörde,
14. Blankenburg,
15. Gasselde,
16. Walkenried.

Das Landgericht Holzminden die Amtsgerichte:

1. Lutter am Barenberge,
2. Seesen,
3. Gandersheim,
4. Greene,
5. Stadtholbendorf,
6. Eschershausen,
7. Holzminden,
8. Ottenstein.

Das bisherige Stadtgericht Braunschweig wird das Amtsgericht gleichen Namens, ohne weiteren Bezirk, als den städtischen.

Zum Amtsgerichtsbezirk Riddagshausen gehören die Ortschaften:

Abbenrode,	Gardeffen,
Beienrode a. W.,	Gliesmarode,
Bevenrode,	Gr. Brunsrode,
Bienrode,	Hemkenrode,
Cremlingen,	Höxum,
Cremlingen, Guts-	Hondelage,
Gemeinde,	Hordorf,
Destedt,	Kl. Brunsrode,
Destedt, Guts-Gem.,	Kl. Stöckheim,
Dibbesdorf,	Lehndorf,
Erkerode,	Lehre,
Essehof,	Lücklum,
Flechtinger,	Mascherode,

Melverode,	Schapen,
M. Schöppenstedt,	Schulzenrode,
Nieder-Sicke,	Thune,
Ober-Sicke,	Veltenhof,
Delper,	Veltheim a. D.,
Querum,	Volkmarode,
Rautheim,	Waggum,
Riddagshausen,	Weddel,
Rühme,	Wenden,
Rüningen,	Wendhausen.
Schandelah,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Verdelde gehören die Ortschaften:

Alvesse,	Meerdorf,
Bettmar,	Neubrück,
Bodenstedt,	Neu-Verdelburg,
Bortfeld,	Verdelburg,
Broitzem,	Sierße,
Denstorf,	Sonnenberg,
Duttenstedt,	Sophienthal,
Esfinghausen,	Timmerlah,
Fürstenaue,	Vallstedt,
Gr. Gleidingen,	Verdelade,
Harvesse,	Verdelde,
Kl. Gleidingen,	Völkmarode,
Köchingen,	Wahle,
Lamme,	Watenbüttel,
Liedingen,	Wedtlenstedt,

Wendeburg,	Woltorf,
Wendezelle,	Zweidorf.
Wierthe,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Thedinghausen gehören die Ortschaften:

Ahsen und Degen,	Emtinghausen,
Bahlum,	*Hagen,
*Bürgerei,	Holtorf und Lunsen,
Dibbersen und Don-	Horstedt,
nerstedt,	Werder,
Ciffel,	*Westermisch.

Die mit * aufgeführten Gemeinden werden unter dem Gesamtnamen Thedinghausen, Flecken, bezeichnet.

Zum Amtsgerichtsbezirk Wolfenbüttel gehören die Ortschaften:

Achim,	Gr. Stöckheim,
Adersheim,	Halchter,
Ahlum,	Hedeper,
Apelnstedt,	Immendorf,
Agum,	Kalme,
Beddingen,	Rissenbrück,
Börsum,	Al. Biewende,
Borum,	Al. Denkte,
Dettum,	Leiferde,
Drütte,	Leinde,
Fümmelse,	Linden,
Geitelde,	Neindorf,
Gr. Biewende,	Nortenhof,
Gr. Denkte,	Remlingen,

Salzdahlum,	Timmern,
Seinstedt,	Volzum,
Semmenstedt,	Wendessen,
Sottmar,	Wegleben,
Steterburg,	Wittmar,
Stiddien,	Wolfenbüttel.
Thiede,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Schöppenstedt gehören die Ortschaften:

Ampleben,	Al. Bahlberg,
Bansleben,	Al. Winnigstedt.
Barnstorf,	Rneitlingen,
Berklingen,	Rüblingen,
Gilum,	Mönche-Bahlberg,
Gizum,	Babstorf,
Gvessen,	Sambleben,
Gilzum,	Schliestedt,
Gr. Dahlum,	Schöppenstedt,
Gr. Bahlberg,	Uehrde,
Gr. Winnigstedt,	Warle,
Gachum,	Wagum,
Dessen,	Weferlingen,
Al. Dahlum,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Salder gehören die Ortschaften:

Barbecke,	Bleckenstedt,
Barum,	Broistedt,
Berel,	Bruchmacherjen,

Burgdorf,	Lobmachtersen,
Calbecht,	Nordassel,
Cramme,	Delber a. w. B.,
Engelnstedt,	Osterlinde,
Engerode,	Reppner,
Gebhardshagen,	Salber,
Hallendorf,	Sauingen,
Heerte,	Uefingen,
Hohenassel,	Watenstedt,
Lebenstedt,	Westerlinde,
Leffe,	Woltwiesche.
Lichtenberg,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Harzburg gehören
die Ortschaften:

Bettingerode,	Ofer,
Bündheim,	Schlewecke,
Harlingerode,	Westerode.
Neustadt,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Helmstedt gehören
die Ortschaften:

Barmcke,	Madendorf,
Emmerstedt,	Marienthal,
Grasleben,	Querenhorst,
Helmstedt,	Saalsdorf.

Zum Amtsgerichtsbezirk Schöningen gehören
die Ortschaften:

Alversdorf,	Büddenstedt,
Beierstedt,	Dobbeln,

Esbeck,	Reinsdorf,
Gevensleben,	Rumstedt,
Hohnsleben,	Schöningen,
Hoiersdorf,	Söllingen,
Jerrheim,	Twiefelingen,
Ingeleben,	Watenstedt,
Offleben,	Wobek,

Zum Amtsgerichtsbezirk Königsutter ge-
hören die Ortschaften:

Boimstorf,	Rieseberg,
Bornum,	Rothencamp,
Frellstedt,	Rottorf,
Glentorf,	Schepkau,
Gr. Steinum,	Schickelsheim,
*Königsutter,	*Stift Königsutter,
Langeleben,	Süplingen,
Lauingen,	Süplingenburg,
Lelm,	Sunnstedt,
*Oberlutter,	Warberg,
Näbke,	Wolsdorf.

Die mit * bezeichneten Ortschaften liegen in unmittelbarem Zusammenhange neben einander und sind letztere beiden Orte als Vorstädte der Ersteren anzusehen.

Zum Amtsgerichtsbezirk Borsfelde gehören
die Ortschaften:

Ahnebeck,	Brechtorf,
Bahrdorf,	Büstedt,
Bergfeld,	Danndorf,
Brackstedt,	Eischott,

Grafhorst,	Reislingen,
Gr. Sisbeck,	Rickensdorf,
Gr. Twülpstedt,	Rühen,
Hoitlingen,	Rümmer,
Küstorf,	Tiddische,
Al. Sisbeck,	Belpfe,
Al. Twülpstedt,	Belstove,
Meinkoth,	Volkmarsdorf,
Neuhaus,	Borsfelde,
Nordsteimke,	Wahrstedt,
Papenrode,	Warmenau,
Parfau,	Wendschott.

Zum Amtsgerichtsbezirk Calvörde gehören die Ortschaften:

Berenbrock,	Löffewitz,
Calvörde,	Parleib,
Dorst,	Uthmöden,
Elsebeck,	Belsdorf,
Jeferitz,	Zobbenitz.

Zum Amtsgerichtsbezirk Blankenburg gehören die Ortschaften:

Altenbrak,	Michaelstein,
Benzingerode,	Neuwerk,
Blankenburg,	Rübeland,
Börnecke,	Timmenrode,
Cattenstedt,	Trefeburg,
Heimbürg,	Wienrode.
Hüttenrode,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Gasselfelde gehören die Ortschaften:

Allrode,	Stiege,
Braunlage,	Tanne,
Gasselfelde,	Trautenstein.

Zum Amtsgerichtsbezirk Walkenried gehören die Ortschaften:

Hohegeiß,	Wieda,
Neuhof,	Zorge.
Walkenried,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Gandersheim gehören die Ortschaften:

Ackenhausen,	Gachenhausen,
Ahlshausen und	Gaieshausen,
Sievershausen,	Hedenbeck,
Altengandersheim,	Helmscherode,
Bentierode,	Kreienfen,
Beulshausen,	Destrum,
Billerbeck,	Dixheim,
Bodenburg,	Oppperhausen,
Clus,	Orzhausen,
Dankelsheim,	Rimmerode,
Dannhausen,	Rittierode,
Ellerode,	Sehboldshausen,
Gandersheim,	Wolperode,
Gehrenrode,	Wrescherode.
Gremshheim,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Seesen gehören die Ortschaften:

Badenhausen,	Kirchberg,
Bornhausen,	Kl. Rhüden,
Borum,	Münchhof,
Engelade,	Seesen,
Gittelde,	Teichhütte,
Herrhausen,	Windhausen.
Idelhausen,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Lutter am Bge. gehören die Ortschaften:

Astfeld,	Mahlum,
Bodenstein,	Nauen,
Frau-Sophienhütte,	Neuwallmoden,
Gahausen,	Ortshausen,
Herzog-Juliusshütte,	Ostburingen,
Jerze,	Schlewecke,
Langelshiem,	Volkersheim,
Lutter am Bge.,	Wolfshagen.

Zum Amtsgerichtsbezirk Greene gehören die Ortschaften:

Ammensen,	Holtershausen,
Bartshausen,	Ippensen,
Bruchhof,	Kaierde,
Brunsen,	Naensen,
Delligsen,	Stroit,
Erzhausen,	Varrigsen,
Garlebsen,	Voldagsen,
Greene,	Wenzen.
Hallenfen,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Holzmindeu gehören die Ortschaften:

Altendorf,	Lütgenade,
Bevern,	Meinbrexen,
Boffzen,	Mühlenberg,
Derenthal,	Neuhaus und Joh-
Dölme,	lenplacken,
Fürstenberg,	Reileifzen,
Holzmindeu,	Rühle,
Lobach,	Warbsen.

Zum Amtsgerichtsbezirk Stadoldendorf gehören die Ortschaften:

Ahrholzen,	Venne,
Braak,	Vinnenkamp,
Deensen,	Mainzholzen,
Denkhausen,	Merrhausen,
Eimen,	Regenborn,
Emmerborn,	Schorborn,
Golmbach,	Stadoldendorf,
Heinade,	Vornwohle,
Hellenthal,	Wangelnsiedt.
Holenberg,	

Zum Amtsgerichtsbezirk Eschershausen gehören die Ortschaften:

Bessingen,	Bremke,
Bisperode,	Brunkenfen,
Breitenkamp,	Buchhagen,

Coppengrave,	Gunzen,
Dielmissen,	Kirchbrak,
Dohnsen,	Kreipke,
Eschershausen,	Linse,
Grünenplan,	Lüerdißsen,
Halle,	Lütgenholzen,
Harderode,	Deßkassen,
Heinrichshagen,	Scharfoldendorf,
Hepen,	Tuchtfeld,
Hohenbüchen,	Wegenßen,
Holzen,	Westerbrak.

Zum Amtsgerichtsbezirk Ottenstein gehören die Ortschaften:

Brökeln,	Hohe,
Daspe,	Kennrade,
Glesse,	Lichtenhagen,
Grave,	Ottenstein.
Hehlen,	

Außer diesen Gerichten besteht als höchste Instanz auch für das Herzogthum das Reichsgericht zu Leipzig.

Einzelgerichte und
Collegialgerichte.

Im Gegensatz zu den Amtsgerichten, welchen Einzelrichter vorstehen, die, auch wenn das Gericht mit mehreren Richtern besetzt ist, jeder für sich entscheiden, sind die Landgerichte, das Oberlandesgericht und das Reichsgericht Collegialgerichte, d. h. die Verfügungen derselben werden von mehreren Richtern erlassen, welche vorher

einen gemeinsamen Beschluß gefaßt haben. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten beschließen bei den Landgerichten die Civilkammern mit der Besetzung von 3 Richtern, während bei denselben in Strafsachen die Strafkammern regelmäßig mit 5 Richtern besetzt sind — soweit es sich um Erkenntnisse und die Hauptverhandlung dreht. Bei Abfassung von Beschlüssen dagegen, z. B. Haft-, Haussuchungsbefehlen, sind nur 3 Mitglieder erforderlich, und dasselbe gilt rücksichtlich der Entscheidung über Berufungen gegen Erkenntnisse der Schöffengerichte wegen Uebertretungen und in Fällen der Privatanklage (Beleidigung &c.). Die Senate des Oberlandesgerichts sind mit 5, die des Reichsgerichts mit 7 Richtern besetzt.

Behuf Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen werden bei den Amtsgerichten Schöffengerichte, bei den Landgerichten Schwurgerichte gebildet, bei welchen die Entscheidung über die Schuldfrage wesentlich in den Händen von Laien liegt. Jene haben über die leichtesten, diese über die schwersten Straftthaten abzuurtheilen. Zwischen beiden steht für Erledigung der in der Mitte liegenden Sachen die nur mit rechtsgelehrten Richtern besetzte Strafkammer des Landgerichts.

Schöffen- und
Schwurgerichte.

Die Schöffengerichte bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzendem und 2 Schöffen. Das Amt der letzteren ist ein Ehrenamt und kann nur von Deutschen versehen werden, welche über 30

Zusammensetzung
der Schöffengerichte.

Jahr alt sind und zwei volle Jahre in der betreffenden Gemeinde wohnen. Unfähig zum Amt eines Schöffen sind:

Personen, welche in Folge strafrechtlichen Urtheils die Befähigung verloren haben — sei es durch Verurtheilung zu Zuchthausstrafe, oder zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, oder zur Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter, oder zum Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter — gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann, welche mit ihrer Person oder ihrem Vermögen unter Curatel stehen.

Nicht zu dem Amt eines Schöffen sollen berufen werden:

Personen, welche für sich oder ihre Familie Armenunterstützungen empfangen, oder innerhalb der letzten 3 Jahre empfangen haben, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen untauglich sind und Dienstboten, ferner Minister, Reichs- und Staatsbeamte, welche jeder Zeit einstweilen in Ruhestand versetzt werden können, Richter und Staatsanwälte, Vollstreckungsbeamte, Religions- und Scholdiener, sowie active Militärs.

Zur Ablehnung des Schöffenamtes sind berechtigt:

Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung, also des Reichstages und der Landesversammlung, Aerzte, Apotheker, welche eine Gehülfe haben, Personen über 65 Jahr, Solche, welche glaubhaft machen, daß sie den mit Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand nicht zu tragen vermögen, welche im letzten Jahre Geschworene gewesen oder mindestens an 5 Sitzungen als Schöffe theilgenommen haben.

Behuf Feststellung der zu Schöffen geeigneten Personen hat der Vorsteher jeder Gemeinde (in den Städten der Magistrat) oder Gemarkung alljährlich die sog. Urliste aufzustellen, in welcher die in dem betreffenden Bezirk zur Uebernahme des Schöffenamtes Befähigten zu verzeichnen sind. Diese Urliste ist nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung eine Woche auszulegen, und können während dieser Zeit Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll gegen dieselbe erhoben werden. Nach Ablauf der Frist sendet der Gemeindevorsteher die Urliste nebst den etwaigen Einwendungen und Bemerkungen an den Amtsrichter und macht demselben, falls nach Absendung etwa noch Aenderungen erforderlich werden, z. B. durch den Tod von in der Liste aufgeführten Personen, die nöthige Anzeige. Der Amtsrichter stellt die

Urlisten des Amtsgerichtsbezirks zusammen. Zum Zweck der Entscheidung über etwaige Einsprüche tritt sodann alljährlich ein Ausschuß bei dem Amtsgericht zusammen, bestehend aus dem Amtsrichter als Vorsitzendem, dem betreffenden Kreisdirector oder dessen gesetzlichem Stellvertreter — Verordnung vom 19. April 1879 Nr. 21 — und 7 Vertrauensmännern als Beisitzenden, welche lektorn im Bezirke des Amtsgerichts Braunschweig von der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten zu Braunschweig, für die Bezirke der übrigen Amtsgerichte von den Kreisversammlungen gewählt werden — § 27 des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgeetze vom 1. April 1879 Nr. 11. Zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses — welcher übrigens nach absoluter Majorität beschließt — genügt die Anwesenheit der beiden Beamten und dreier Vertrauensmänner. Ist die Urliste aufgestellt, so wählt der Ausschuß für das nächste Geschäftsjahr die erforderliche Zahl von Schöffen und Vertretern (Hilfsschöffen) — Verordnung Nr. 30 vom 17. Mai 1879 — und zwar sind Personen zu wählen, welche am Sitz des Amtsgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen. Die Namen der erwählten Personen werden nunmehr in sog. Jahreslisten aufgenommen, und die Tage der ordentlichen Sitzungen des Schöffengerichts für das ganze Jahr im Voraus

festgestellt. Zu den einzelnen Sitzungen werden die erforderlichen Schöffen durch Ausloosung bestimmt und ihnen die Sitzungstage, an welchen sie in Thätigkeit zu treten haben, bekannt gemacht. Werden außerordentliche Sitzungen erforderlich, so wird zu diesen besonders gelooft. Bei der ersten Dienstleistung hat der Amtsrichter den Schöffen den vorgeschriebenen Eid abzunehmen — nach welchem dieselben zu geloben haben „die Pflichten eines Schöffen getreulich zu erfüllen und ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben“. Schöffen und Vertrauensmänner des Ausschusses, welche ohne genügende Entschuldigung nicht erscheinen, sind zu einer Ordnungsstrafe von 5—1000 Mk. und in die Kosten zu verurtheilen. — Bei der Hauptverhandlung üben die Schöffen das Richteramt mit gleichem Rechte, wie der Amtsrichter, aus. Die Entscheidungen geschehen nach absoluter Majorität, der jüngste Schöffe stimmt zuerst, der Vorsitzende zuletzt. Außer der öffentlichen Verhandlung ist der Richter selbstständig.

Die Schwurgerichte treten, falls Sachen zur Verhandlung vorliegen, in jedem Vierteljahre bei den Landgerichten zusammen und bestehen aus dem mit 3 Richtern besetzten Gerichtshof und der Geschworenenbank. Diese ist mit 12 Geschworenen besetzt. Rückfichtlich der Fähigkeit zum Geschworenenamt gilt dasselbe, was oben

Schwurgerichte.

rücksichtlich der Schöffen gesagt ist, auch soll Niemand in einem Jahre zugleich Schöffe und Geschworener sein. Die Urlisten über die Anzahl der Schöffen dienen auch zur Auswahl der Geschworenen. Der bei den Amtsgerichten alljährlich zusammentretende Ausschuß hat diejenigen Personen, welche für das nächste Geschäftsjahr als Geschworene thätig werden sollen, auszuwählen und in die sog. Vorschlagsliste aufzunehmen, welche nebst etwaigen Einsprüchen gegen dieselbe dem Präsidenten des Landgerichts zugeht. Das Landgericht stellt sodann für Haupt- und Hilfsgeschworene zwei Jahreslisten — in welche für den Landgerichtsbezirk Braunschweig 200, für Holzminden 150 aufzunehmen sind — Bekanntmachung vom 17. Mai 1879 Nr. 30 — auf und bildet aus diesen durch Ausloosung die Spruchlisten. Es werden zu dem Zweck in öffentlicher Sitzung 30 Hauptgeschworene ausgelooft, welche, wenn etwa später Behinderungen eintreten, aus der Jahresliste der Haupt- und Hilfsgeschworenen ergänzt werden und welche zur Eröffnungsitzung des Schwurgerichts unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens — vergl. oben unter „Schöffengericht“ — zu laden sind.

Staatsanwaltschaft

Bei allen Gerichten ist die Staatsanwaltschaft vertreten, welcher die Verfolgung der begangenen Straftaten und die Erforschung des Thatbestan-

des und des Thäters obliegt. Beamte der Staatsanwaltschaft sind:

bei den Amtsgerichten die Amtsanwälte,

bei den Land-, Schwur- und dem Oberlandesgericht die Staatsanwälte resp. der Oberstaatsanwalt,

bei dem Reichsgericht der Oberreichsanwalt resp. die Reichsanwälte.

Die Staatsanwaltschaft geht in der Regel von Amts wegen vor, führt übrigens die Sache als selbstständige Behörde nur bis zur Erhebung der Anklage, von welchem Zeitpunkt an sie lediglich Partei wird. Evidente Vernehmungen kann sie nicht, Beschlagnahmen und Verhaftungen nur, wenn Gefahr im Verzuge ist, vornehmen. Sie besorgt die Strafvollstreckung und hat Ladungen und Zustellungen zu vermitteln.

Bei Erforschung der Straftaten haben die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes der Staatsanwaltschaft die nöthige Hilfe zu leisten, und zwar gelten als Hilfsbeamte in diesem Sinne, d. h. als Solche, welche den Anordnungen der Staatsanwaltschaft Folge zu leisten haben: die Mannschaften des Polizeimilitärs, die Amtsvoigte, die Polizeicommissare, die Polizeiwachtmeister und Polizeiergeanten in Braunschweig, die Vorstände der Ortspolizei, in den Landgemeinden also die Gemeindevorsteher, die

Feldhüter und endlich die Forst- und Jagdschutzbeamten — Verordnung vom 21. April 1879 Nr. 22. Die hier nicht genannten Personen resp. Behörden dürfen Untersuchungshandlungen selbstständig nicht vornehmen, können jedoch von der Staatsanwaltschaft ersucht werden, sie in der Strafverfolgung in einzelnen Fällen zu unterstützen.

Bei allen Gerichten sind außerdem Gerichtsschreiber und die nöthigen Zustellungs- und Vollstreckungsbeamten — Gerichtsvollzieher — angestellt.

III. Zuständigkeit der Gerichte.

A. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

1. Die Amtsgerichte.

Sie sind im Allgemeinen zuständig, soweit es sich um vermögensrechtliche Ansprüche im Werthe von 1—300 Mk. einschließlich handelt. Außerdem sind ihnen ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes zugewiesen:

- a. Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern von Wohnungs- und andern Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Vermieter in die Miethsräume eingebrachten Sachen. Es gehören daher nicht hierher Ansprüche aus Pachtverhältnissen und auf Miethgeld oder Entschädigung, falls nicht der Betrag des Gegenstandes sich innerhalb der Summe von 1—300 Mk. hält, in welchem Falle schon nach dem unter 1 Gesagten die Amtsgerichte competent sein würden.
- b. Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gefinde, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinsichtlich des Dienst- und Arbeitsverhältnisses, sowie die im § 108 der Gewerbeordnung bezeichneten Streitigkeiten der selbstständigen Gewerbetreibenden mit ihren Ge-

sellen, Gehülften oder Lehrlingen, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- und Lohnverhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben oder auf die Ertheilung und den Inhalt von Zeugnissen beziehen, insofern diese Streitigkeiten während der Dauer des Dienst-, Arbeits- oder Lehrverhältnisses entstehen.

- c. Streitigkeiten zwischen Reisenden und Wirthen, Fuhrleuten, Schiffern, Flößern oder Auswanderungsexpediten in den Einschiffungshäfen, welche über Wirthszechen, Fuhrlohn, Ueberfahrtsgelder, Beförderung der Reisenden und ihrer Habe und über Verlust oder Beschädigung der letzteren entstehen, sowie zwischen Reisenden und Handwerkern aus Anlaß der Reise.
- d. Streitigkeiten wegen Viehmängel.
- e. Streitigkeiten wegen Wildschadens.
- f. Ansprüche aus dem außerehelichen Beischlaf.

Ferner sind den Amtsgerichten zugewiesen:

- a. Ernennung der Sachverständigen, welche nach Artikel 348, 365 und 407 des Handelsgesetzbuches den Zustand beanstandeter Waaren prüfen sollen. Einföhrungsges. zur Civilproceßordnung § 13. Absatz 3.
- b. Einnahme des Augenscheins und Vernehmung

von Zeugen und Sachverständigen, wenn zu besorgen ist, daß das Beweismittel verloren gehen könne — sogenannte Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse — wenn ein Rechtsstreit, in welchem das betreffende Beweismittel gebraucht werden soll, noch nicht anhängig ist — oder aber in Fällen dringender Gefahr, und zwar ist das Gesuch bei demjenigen Amtsgericht anzubringen, in dessen Bezirk die zu vernehmende Person sich aufhält oder der in Augenschein zunehmende Gegenstand sich befindet. C.-Pr.-D. §§ 447—455.

- c. Entmündigung von Geisteskranken und Verschwendern. C.-Pr.-D. § 593 ff.
- d. Das Mahnverfahren.
- e. Das Vollstreckungsverfahren.
- f. Das Arrestverfahren.
- g. Concurse.
- h. Ersuchen um Rechtshülfe.

Wie die bisherigen Stadt- und Amtsgerichte, so sind die Amtsgerichte auch ferner zuständig für die freiwillige Gerichtsbarkeit, einschließlich der Aufnahme, Annahme und Eröffnung von Testamenten und sonstigen letztwilligen Verfügungen, für das Grundbuchwesen, für Vormundschaften und Curatelen, für die Ausstellung von Erbbescheinigungen, für die Todeserklärung Verschollener, ferner für die auf Führung der Handelsregister 2c. bezügl. Geschäfte, welche bis-

lang dem Handelsgericht in Braunschweig obzulegen, u. s. w. In diesen Sachen steht den Betheiligten gegen Verfügungen des Amtsgerichts das Rechtsmittel der Beschwerde an das vorgesetzte Landgericht zu. — §§ 20 und 21 des Gef. Nr. 11 vom 1. April 1879.

2. Die Landgerichte.

Sie sind zuständig für alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche nicht vor die Amtsgerichte gehören. Ausschließlich sind ihnen die Ehesachen und die Anfechtungs- und Wiederaufhebungsclagen in Entmündigungssachen überwiesen; ferner haben sie zu urtheilen über Ansprüche der Staatsbeamten gegen den Fiskus aus ihrem Dienstverhältniß, über Ansprüche gegen den Fiskus wegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden und wegen Aufhebung von Privilegien, wegen Verschulden von Staatsbeamten, in Betreff der Verpflichtung zur Entrichtung öffentlicher Abgaben, über Ansprüche gegen öffentliche Beamte wegen Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse, oder pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen. Die Landgerichte erkennen ferner als Berufungs- und Beschwerdegerichte in den vor den Amtsgerichten verhandelten Sachen und zwar definitiv.

Für die Entscheidung in Handelsfachen wird bei dem Landgerichte Braunschweig eine Kammer für Handelsfachen errichtet. — Bekanntmachung

vom 12. Juli 1879 Nr. 41, — welche aus einem Richter des Landgerichts und zwei Handelsrichtern besteht. Letztere werden aus den im Bezirk der Kammer wohnenden Kaufleuten auf gutachtliche Aeußerung der Handelskammer für 3 Jahre von der Regierung ernannt. Handelsfachen sind Sachen, in denen Ansprüche verfolgt werden sollen gegen einen Kaufmann aus beiderseitigen Handelsgeschäften — Handelsgesetzbuch Artikel 271 ff. — aus einem Wechsel, aus dem Rechtsverhältniß zwischen Mitgliedern einer Handels- oder handelsrechtlichen Gesellschaft, aus dem Rechtsverhältniß, welches das Recht zum Gebrauch der Firma, von Schutzmarken u. betrifft, welches durch Veräußerung einer Handelsfirma entsteht, aus dem Rechtsverhältniß zwischen Procuristen, Handlungsbevollmächtigten, Handlungsgehilfen, Lehrlingen und Principalen, zwischen Handelsmäklern und den Parteien. Die Verhandlung des Rechtsstreites vor dem Handelsgericht geschieht sowohl auf Antrag des Klägers als des Beklagten.

3. Das Oberlandesgericht.

Der Civilsenat desselben entscheidet über Berufungen und Beschwerden gegen Erkenntnisse resp. Entscheidungen der Landgerichte, und falls ein Ersuchen um Rechtshülfe von einem Amtsgericht abgelehnt wird, auch über die Beschwerde gegen dieses.

4. Das Reichsgericht.

Die Civilsenate desselben urtheilen über Revision und Beschwerden gegen Erkenntnisse und Entscheidungen des Oberlandesgerichts und über Streitigkeiten rücksichtlich der Zuständigkeit zwischen Gerichten mehrerer Bundesstaaten.

B. Strafsachen.

1. Die Schöffengerichte.

Dieselben sind zuständig:

- a. für alle Uebertretungen — Abschnitt 29 des R.=Str.=Gef.=B. —;
- b. für diejenigen Vergehen, welche mit Gefängniß von höchstens 3 Monaten oder Geldstrafe bis zu 600 Mark, allein oder neben Haft, oder in Verbindung mit einander, oder in Verbindung mit Einziehung — von Gegenständen, welche zur Begehung einer strafbaren Handlung benutzt, oder durch eine strafbare Handlung hervorgebracht sind — bedroht sind, mit Ausnahme derjenigen welche den Landgerichten ausschließlich zugewiesen sind — vergl. unter „Landgerichte“ — und des in § 320 des R.=Str.=Gef.=B. bedrohten Vergehens;*

* Anstellung von Personen im Eisenbahn- oder Telegraphendienste, welche für unfähig erklärt sind, in den gedachten Zweigen beschäftigt zu werden.

c. für die Vergehen des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betruges, der einfachen Sachbeschädigung — R.=Str.=Gef.=B. §§ 242, 246, 263 und 303, wenn der Werth des Gestohlenen, Unterschlagenen oder des Schadens 25 Mark nicht übersteigt, — der Begünstigung und Fehlerei, — R.=Str.=Gef.=B. §§ 258 Nr. 1 und 259, — wenn die Handlung, auf welche sich die Begünstigung oder Fehlerei bezieht, zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehört, — sowie der nur auf Antrag zu verfolgenden Beleidigungen und leichten Körperverletzungen, wenn die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht, was stets der Fall ist, wenn nicht die Anstellung der öffentlichen Klage im allgemeinen Interesse liegt — Str.=Pr.=D. § 416. —

Außerdem kann in einer ganzen Reihe von Fällen — vergl. G.=R.=G. § 75 — auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung dem Schöffengericht überwiesen werden, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß auf keine höhere Strafe als die oben unter b angeführte zu erkennen sein werde. Ist die Ueberweisung jedoch einmal erfolgt, so kann das Schöffengericht die Strafe nunmehr nach freiem Ermessen innerhalb des gesetzlichen Strafmaßes ausmessen, also auch über die ihm sonst gesetzten Schranken — 3monatiges Ge-

fängniß und 600 Mk. Geldstrafe — hinausgehen und darf sich nur aus bestimmten sonstigen Gründen für unzuständig erklären.

2. Die Landgerichte.

Sie sind zuständig:

- a. Für sämtliche Vergehen, soweit sie nicht vor die Schöffengerichte gehören. Ausschließlich sind ihnen in dieser Beziehung überwiesen die im § 320 des R.-Str.-G.-B. in den Gesetzen betreffend die Nationalität der Kaufahrteischiffe vom 25. October 1867, die Actiengesellschaften und Actiencommanditgesellschaften vom 1. Juni 1870, die Inhaberpapiere auf Prämien vom 8. Juni 1870, die Beurkundung des Personenstandes und Eheschließung vom 6. Februar 1875 und dem Bankgesetze vom 14. März 1875 gedachten strafbaren Handlungen.
- b. Für Verbrechen, welche mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bedroht oder von jugendlichen Personen d. h. solchen, welche das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, begangen sind.
- c. Für die Verbrechen der Unzucht mit Personen unter 14 Jahren — R.-Str.-G.-B. § 176 Nr. 3 — des qualificirten Diebstahls und des Diebstahls im wiederholten Rückfalle. — R.-Str.-G.-B. §§ 243 und 244 — der gewerbs-

mäßig oder im wiederholten Rückfall begangenen Hehlerei — ebendasselbst §§ 260 und 261 und des Betruges im wiederholten Rückfalle § 264. —

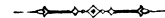
Die Landgerichte sind außerdem zuständig für Entscheidungen über Berufungen gegen die Urtheile der Schöffengerichte, sie geben in der Voruntersuchung die nöthigen Beschlüsse ab — Haft-, Hausfuchungsbeschlüsse — und entscheiden über Beschwerden gegen die Verfügungen der Untersuchungs- und Amtsrichter.

3. Die Schwurgerichte.

Sie erkennen über Verbrechen, welche nicht zur Zuständigkeit des Land- oder Reichsgerichts gehören — also über diejenigen, welche mit Zuchthaus über 5 Jahr oder mit dem Tode bedroht sind. Ausschließlich sind ihnen überwiesen die in den §§ 86, 100 und 106 des R.-Str.-G.-B. mit Strafe bedrohten Handlungen.

4. Das Oberlandesgericht und das Reichsgericht.

Sie entscheiden als Gerichte höherer Instanz. Dem Reichsgericht sind ausschließlich zugewiesen die Fälle des Hoch- oder Landesverraths, welche sich gegen Kaiser und Reich richten.



Zweiter Theil. Von dem Verfahren.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

A. Allgemeines.

Von dem
Gerichtsstande.

Jeder kann vor dem Gericht in Anspruch genommen werden, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat [die Ehefrau theilt in Ansehung ihres Gerichtsstandes den Wohnsitz ihres Ehemannes, die ehelichen Kinder den des Vaters, die unehelichen den der Mutter und zwar bis zu erlangter Selbstständigkeit], oder, falls er ohne Wohnsitz ist, in dessen Bezirk er sich aufhält, oder seinen letzten Wohnsitz gehabt hat. Personenvereine, Corporationen oder Behörden können bei dem Gericht belangt werden, in dessen Bezirk ihre Verwaltung geführt wird. Will der Beklagte in demselben Verfahren gegen den Kläger eine Klage anstellen, so kann er das beim Gerichte der Klage. Ansprüche, welche sich auf das Eigenthum, eine dingliche Belastung oder die Freiheit von einer solchen, auf Grenzscheidung, Theilung oder Besitz beziehen, sind bei dem Gericht zu verfolgen, in dessen Bezirk die

betr. Sache belegen ist. Dasselbe gilt von Klagen, welche gegen den Besitzer oder Eigenthümer als solchen erhoben werden, sowie von Klagen wegen Beschädigung von Grundstücken und Entschädigung für Expropriationen.*

Auf die in der C.-Pr.-D. erwähnten besonderen Gerichtsstände speciell einzugehen, würde hier zu weit führen, erwähnt mag nur noch werden, daß Personen, welche im Reiche keinen Wohnsitz haben, in jedem Gerichtsbezirke, wo sie Vermögen (also auch z. B. ausstehende Forderungen) haben, belangt werden können, daß Klagen aus Handelsgeschäften, welche auf Messen und Märkten — nicht hierher gehören jedoch Jahr- und Wochenmärkte — abgeschlossen sind, in dem Bezirk des Meß- oder Markttortes, Klagen, welche Erbrechte und sonstige Rechte auf eine Erbschaft betreffen, bei dem Gericht, in dessen Bezirk der Verstorbene gewohnt hat, Klagen auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens von Verträgen, oder auf Erfüllung oder Aufhebung derselben, oder Entschädigung

* Nach dem Braunschweigischen Gesetze vom 13. September 1867 Nr. 78 sollen die Entschädigungen für Expropriationen regelmäßig vor der Enteignung gezahlt werden und ist der Rechtsweg nur zulässig, falls ein über den Betrag derselben abgeschlossener Vergleich angefochten werden soll, oder daß in dem Gesetze angeordnete Verfahren nicht inne gehalten ist.

vor dem Gericht des Erfüllungsortes, Klagen aus unerlaubten Handlungen, z. B. Entschädigungsansprüche für Sachbeschädigung, bei dem Gericht, in dessen Bezirk die Handlungen vorgenommen sind, angestellt werden. Bevollmächtigte, Gerichtsvollzieher u. s. w. können wegen ihrer Gebühren und Auslagen beim Gericht des Hauptprocesses klagbar werden.

Ist über den Gerichtsstand Streit, oder ist ein Gericht behindert, so bestimmt das vorgesetzte Gericht auf ein bei ihm einzureichendes Gesuch das Gericht, bei welchem verhandelt werden soll, und zwar ohne Verhandlung und definitiv, auch können sich die Parteien über die Zuständigkeit eines Gerichts einigen und gilt dies als geschehen, wenn der Beklagte, ohne Widerspruch zu erheben, mündlich verhandelt hat.

Glaubt eine Partei, daß ein Richter in der betr. Sache befangen urtheilen wird, so kann sie ihn ablehnen. Sie muß zu dem Zweck einen Antrag — bei dem Gerichtschreiber — stellen, muß den Ablehnungsgrund glaubhaft machen, begiebt sich übrigens ihres Ablehnungsrechts, wenn sie auf eine Verhandlung sich eingelassen hat. Gegen den Beschluß, durch welchen das Gesuch für unbegründet erklärt wird, findet sofortige Beschwerde statt. Was von der Ablehnung von Richtern gilt, bezieht sich auch auf die Gerichtschreiber.

Ablehnung von
Gerichtspersonen.

Fähig, in einem Rechtsstreite selbstständig als Kläger oder Beklagter aufzutreten, oder für einen Rechtsstreit einen Proceßbevollmächtigten selbstständig zu bestellen, sind nur diejenigen Personen, welche sich durch Verträge verpflichten können — also Volljährige, welche nicht etwa geisteskrank oder wegen Verschwendung entmündigt sind, auch Ehefrauen. Für Proceßunfähige tritt ihr gesetzlicher Vertreter — z. B. der Vormund — auf, welcher rücksichtlich der Vornahme von Proceßhandlungen der vertretenen Person völlig gleich steht. Die Gerichte haben auf die Proceßfähigkeit von Amts wegen zu sehen und eine unfähige Partei nur, wenn Gefahr im Verzuge ist, zuzulassen. Hat eine verklagte proceßunfähige Person zur Zeit keinen Vertreter, so hat der Vorsitzende des betr. Gerichts derselben, wenn Gefahr im Verzuge ist, einen solchen vorläufig beizuzuordnen.

Proceßfähigkeit.

Treten mehrere Personen vereint, sei es als Kläger, sei es als Beklagte, auf, so nennt man sie Streitgenossen (z. B. mehrere Miteigenthümer klagen wegen einer ihnen vorenthaltenen Sache). Oft geschieht es auch, daß dritte Personen sich in einen Rechtsstreit einmischen, sei es, weil sie den Streitgegenstand als Gegner der beiden im Streite befindlichen Parteien für sich in Anspruch nehmen, oder weil sie eine der Parteien, an deren Obliegen sie ein Interesse haben, unterstützen; jenes nennt man Haupt-, das letztere

Streitgenossenschaft
und Intervention.

Nebenintervention. Die Hauptintervention geschieht mittels einer bei dem Gericht des im Gange befindlichen Processes einzureichenden Klage, und zwar muß dieselbe gegen beide streitenden Theile zugleich gerichtet sein und kann nur während der Dauer des Processes eingeleitet werden. Eine Nebenintervention kann statt haben entweder aus eigenem Antriebe des Intervenirenden, oder in Folge Verlangens einer Partei. Wollen die streitenden Parteien in dem erstgedachten Fall die Intervention nicht zulassen, so muß ein Zwischenurtheil erfolgen; in dem letzteren Falle können die zur Einmischung Aufgeforderten der Aufforderung Folge leisten oder dieselbe unbeachtet lassen, haben jedoch, falls sie dieses thun, sich für ihre Person der im Hauptproceß ergangenen Entscheidung mit zu unterwerfen. Ueber Einzelheiten siehe die §§ 66—73 der C.-Pr.-D.

Proceß-
bevollmächtigte.

Bei den Amtsgerichten kann Jeder seine Sache selbst führen, bei den höheren Gerichten muß er dieselbe einem Rechtsanwalt übergeben, falls er nicht selbst zu den Rechtsanwälten gehört. Der bevollmächtigte Anwalt oder sonstige Vertreter (bei den Amtsgerichten) muß seine Bevollmächtigung durch eine schriftliche Vollmacht, welche, wenn sie Privaturkunde, öffentlich beglaubigt sein soll, nachweisen. Von Gemeinde- oder Kirchenbehörden ausgestellte Vollmachten gelten als öffent-

liche Urkunden und bedürfen daher keiner besonderen Beglaubigung. Die von dem Bevollmächtigten vorgenommenen Proceßhandlungen sind für die Partei in gleicher Weise bindend, als wenn sie selbst gehandelt hätte. Dies gilt insbesondere auch von Geständnissen und Erklärungen, falls sie nicht von der miterfahrenen Partei sofort widerrufen werden. Die Vollmacht gilt als für den ganzen Proceß ausgestellt und wird z. B. durch den Tod der Partei nicht aufgehoben. Ist eine Partei durch einen Proceßbevollmächtigten nicht vertreten, so wird durch deren Tod oder inzwischen eingetretene Proceßunfähigkeit, z. B. wegen Wahnsinns, der Proceß einstweilen gehemmt. Dasselbe tritt ein im Fall der Concursöffnung. — Die Rechtsanwälte können — ausgenommen wenn sie von einer armen Partei angangen werden, oder wenn ein Entmündigter auf Wiederaufhebung der Entmündigung klagen will — die Uebernahme des Processes ablehnen, haften aber, wenn sie mit einer Erklärung säumig sind, für vollen Schadenersatz, wie sie denn überhaupt der von ihnen vertretenen Partei für allen durch ihr Verschulden herbeigeführten Schaden einstehen. Dagegen haben sie gegen dieselbe einen Anspruch auf Ersatz der gemachten Auslagen und auf Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung. Dasselbe, wie hier von den Rechtsanwälten gesagt, gilt von den Gerichts-

vollziehern, soweit sie als Beauftragte der Parteien handeln, sei es bei Zustellungen oder Zwangsvollstreckungen.

Leitende Grundlage.

Was das Verfahren selbst betrifft, so geht das Gericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht von Amtswegen, sondern nur auf Antrag vor und ist bei seiner Entscheidung an die Vor- und Anträge der Parteien gebunden. Es soll seine Endurtheile nur abgeben, nachdem beide Theile gehört sind. Dem Urtheil dürfen nur die von den Parteien in der öffentlichen mündlichen Verhandlung vorgetragenen Thatsachen zu Grunde gelegt werden. Die Rechtshilfe wird nicht unentgeltlich gewährt, vielmehr müssen die Parteien die Auslagen und außerdem Gebühren erstatten resp. entrichten. Durch das Erkenntniß werden die Kosten der unterliegenden Partei auferlegt; unterliegt jede Partei in etwas, so werden die Kosten verhältnißmäßig ausgeglichen. Hat der Beklagte durch sein Verhalten zur Erhebung der Klage keinen Anlaß gegeben, so sind die Kosten, falls derselbe den Anspruch sofort anerkennt, vom Kläger zu tragen. Die Kosten veräumter Termine, ohne Erfolg eingelegter Rechtsmittel fallen der Partei zur Last, welche säumig gewesen, oder ohne Erfolg ein Rechtsmittel eingelegt hat. Ist eine Partei ohne Beeinträchtigung des für sie oder ihre Familie erforderlichen Lebensunterhalts nicht im Stande,

Proceßkosten.

Armenrecht.

die Kosten des Proceßes zu bestreiten, so kann sie, falls der zu verfolgende Anspruch nicht muthwillig oder aussichtslos ist, Anspruch auf Ertheilung des Armenrechts machen und hat sie sich zu dem Zweck mit einem von der betreffenden Ortsbehörde ausgestellten Attest über ihre Vermögenslage an das Proceßgericht — am besten mündlich an den Gerichtsschreiber — zu wenden. Durch Ertheilung des Armenrechts wird die Partei einstweilen, bis sie zu bessern Vermögensverhältnissen gelangt, von der Bezahlung der Proceßkosten befreit, kann jedoch zur Erstattung der dem Gegner erwachsenen Kosten trotzdem gehalten werden. Das Armenrecht kann jeder Zeit entzogen werden und wird für jede Instanz besonders bewilligt. Der nicht arme Gegner einer armen Partei hat im Fall des Unterliegens sämtliche Kosten zu zahlen, wird jedoch bis zur Entscheidung auch seinerseits mit den Gerichtskosten einstweilen befristet. — Gegen den Beschluß, durch welchen das Armenrecht verweigert wird, findet sofortige Beschwerde statt. In den Anwaltsproceßten wird die mündliche Verhandlung durch Schriftsätze vorbereitet; in andern Proceßten können vorbereitende Schriftsätze gewechselt werden. Dieselben sollen jedoch so kurz und bündig sein, als es mit der vorläufigen Instruction des Gerichts und des Gegners irgend vereinbar ist, sie haben nur den Zweck, Hem-

Proceßschriften.

mungen und Störungen bei der mündlichen Hauptverhandlung möglichst zu verhindern, und zieht deshalb die Unterlassung der Zustellung von Schriftsätzen oder die Unvollständigkeit derselben einen Rechtsnachtheil für die Partei nicht nach sich; — es kommt ja Alles, wie bereits oben gesagt, auf die Ausführungen in der mündlichen Verhandlung an. Von besonderer Wichtigkeit ist hier die Klagschrift, welche den ganzen Proceß einleitet und welche auch von dem Kläger später nicht mehr ohne Weiteres geändert werden darf. Die Berufungs- und Revisionsschriften hindern das Eintreten der Rechtskraft des Erkenntnisses, welches durch sie angefochten werden soll und sind daher auch von Bedeutung. Ein Hauptunterschied zwischen dem früheren und dem neuen Verfahren liegt nun darin, daß, während früher die Schriften dem Gericht zugestellt und von diesem den streitenden Theilen übermittelt wurden, der Schriftenwechsel künftig durch die Parteien selbst vermittelt, sei es — im Anwaltsproceße —, daß dem Gegner die Schrift gegen Empfangsbescheinigung einfach übergeben wird, oder daß die Zustellung durch direct beauftragte Gerichtsvollzieher oder die Post geschieht. Die Gerichtsvollzieher können zu dem Zweck mündlich oder schriftlich oder durch den Anwalt beauftragt werden und haben die geschehene Zustellung zu bescheinigen. Die Zustel-

Zustellung
und Ladung.

lung durch die Post geschieht im Anwaltsproceße durch Vermittelung des Gerichtsvollziehers, im Parteiproceß (Proceß ohne Anwaltszwang) durch unmittelbare Thätigkeit der Partei. Die Post bescheinigt die Uebergabe und beauftragt einen Postboten mit der Behändigung. Letzterer hat über die geschehene Behändigung eine Urkunde aufzunehmen, welche durch Vermittelung der Post der Partei oder dem Gerichtsvollzieher wieder zugeht.

Im Parteiproceß hat im Zweifel der Gerichtsschreiber die Zustellungen zu vermitteln, wenn nicht ausdrücklich Anderes bestimmt ist.

Zustellungen an proceßunfähige Parteien gehen an ihre gesetzlichen Vertreter, an Corporationen zc. an deren Vorsteher. Zustellungen an außerhalb des deutschen Reiches wohnende Personen und Solche, deren Aufenthaltsort unbekannt ist — öffentliche Zustellung — geschehen stets durch die Vermittelung des Proceßgerichts.

Dasselbe, was im Obigen von den Zustellungen gesagt ist, gilt auch von den Ladungen, d. h. von Schriftstücken, durch welche Jemand — Parteien, Streitgenossen u. s. w. — zum Erscheinen vor Gericht aufgefordert werden. Nur ist zu bemerken, daß die Ladung von Zeugen und Sachverständigen zur gerichtlichen Vernehmung stets von Amtswegen geschieht. Die Veranlassung der Ladung liegt stets derjenigen Partei ob, welche

Verhandlung.

die mündliche Hauptverhandlung herbeiführen will. Der Verhandlungstermin selbst wird vom Gerichte bestimmt und muß, damit dies geschehen kann, die Ladung vor der Zustellung dem Gerichtsschreiber eingereicht werden, damit derselbe die Ansetzung eines Termins veranlaßt. Ist ein Termin in einer Verhandlung den Betreffenden verkündet, so bedarf es natürlich keiner Ladung mehr. In der Verhandlung haben die Parteien die in Betracht kommenden Thatfachen vorzutragen und in diesem ihrem Vortrage zugleich die nöthigen Beweismittel anzugeben. Dem Richter liegt ob, die Vorträge so zu leiten, daß er ein möglichst klares Bild von den Streitpunkten erhält, eine Bestimmung, welche gewiß großen Nutzen bringen und eine Abweisung der Klage wegen ungenügender Substantiirung (Begründung) fast illusorisch machen wird. Die Parteien können — und das unterscheidet den künftigen Proceß ebenfalls sehr wesentlich von dem bisherigen — Angriffs- und Vertheidigungsmittel bis zum Schlusse der mündlichen Verhandlung, auf welche das Urtheil folgt, immer noch vorbringen; jedoch kann das Gericht der Partei, welche hierbei der Vorwurf der Säumigkeit und Nachlässigkeit trifft, die durch die Verzögerung des Processes erwachsenen Kosten auferlegen, auch kann es dem Beklagten, falls derselbe verspätet Vertheidigungsmittel vorbringt, durch deren

Berücksichtigung der Proceß verzögert werden würde, und falls nach der Ueberzeugung des Richters eine grobe Nachlässigkeit oder die Absicht der Proceßverschleppung vorliegt, das Neuvorgebrachte abweisen.

Weichen die in der mündlichen Verhandlung von der Partei gehaltenen Vorträge von dem Inhalt der gewechselten Schriften ab, so sind diese Abweichungen, falls sie von wesentlichem Einfluß auf den Proceß sind, in das Sitzungsprotokoll aufzunehmen. Ebenso sind Erklärungen und Geständnisse der Gegenpartei durch Aufnahme in das Protokoll festzustellen. Das Gericht hat von Amts wegen auf die Vollständigkeit des Protokolls zu halten. Immer jedoch wird der Richter sich noch in vielen Punkten auf sein Gedächtniß verlassen müssen und kann daher auch nur derjenige Richter das Urtheil abfassen, welcher bei der mündlichen Verhandlung zugegen gewesen ist.

Was das Beweisverfahren anlangt, so gilt im Allgemeinen der Grundsatz der freien Beweiswürdigung. Der Richter hat die Beweisaufnahme zu leiten und über das Resultat nach freier Ueberzeugung zu erkennen. Er ist dabei an besondere Formalien, wie bisher, nicht mehr gebunden. Ist derselbe durch das Resultat der Beweisaufnahme noch nicht vollständig überzeugt, so kann er der einen oder andern Partei den

Beweis.

Eid auferlegen. Die Beweisaufnahme soll in der Regel vor dem Proceßgericht und nur in Ausnahmefällen vor einem beauftragten oder ersuchten Richter statthaben, damit der Richter selbst persönlich den Eindruck der Zeugenaussagen u. s. w. erhält.

Termine und Fristen.

Dieselben werden in der Regel von dem Gericht bestimmt; nur im amtsgerichtlichen Verfahren können die Parteien ohne Weiteres und ohne Ladung an den — vom Gericht im Voraus bekannt zu machenden — ordentlichen Gerichtstagen erscheinen und Verhandlung beantragen. Die Parteien können die Aufhebung von Terminen beantragen, falls sie sich über dieselbe geeinigt haben; ebenso können Termine auch von Amtswegen verlegt werden.

Frist ist ein Zeitraum, welcher zur Vornahme einer bestimmten Handlung gesetzt ist. Die Frist ist entweder eine vom Richter bestimmte, oder eine kraft gesetzlicher Bestimmung eintretende, — richterliche oder gesetzliche Frist.

Die Frist läuft, wenn der Beschluß, durch welchen sie angeordnet, verkündet ist, von der Verkündigung, bei in Ladungen gesetzten Fristen von der Zustellung der Ladung an. Bei dem Lauf der Fristen wird, wenn — was regelmäßig der Fall ist — dieselben nach Tagen berechnet sind, der Tag der Verkündigung oder Zustellung nicht mitgerechnet.

Durch die Gerichtsferien wird der weitere

Lauf der Fristen — mit Ausnahme von Nothfristen, d. h. solchen Fristen, welche von den Parteien nicht erstreckt werden können, und der Fristen in dringlichen Sachen — gehindert.

Hat eine Partei eine Proceßhandlung veräußert, d. h. dieselbe in dem dafür bestimmten Termin oder innerhalb der dafür gesetzten Frist nicht vorgenommen, so wird sie mit derselben ausgeschlossen und nur ausnahmsweise können die nachtheiligen Folgen einer solchen Veräußerung durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vermieden werden. Dies ist der Fall, wenn eine Partei durch höhere Gewalt, z. B. eine Ueberschwemmung, an der Innehaltung der Frist gehindert wird. Einzelheiten s. C.=Pr.=D. §§ 208 ff.

Die C.=Pr.=D. kennt zwei Hauptarten des Verfahrens, das ordentliche und das besondere Verfahren; jenes zerfällt wieder in 2 Hauptarten, das land- und das amtsgerichtliche Verfahren. Hiervon wird im Folgenden noch kurz die Rede sein.

Arten
des Verfahrens.

B. Das Verfahren vor den Amtsgerichten.

Will Jemand eine Klage vor einem Amtsgericht erheben, so kann er zwei Wege einschlagen, entweder er reicht dieselbe schriftlich bei dem Gericht ein oder er giebt sie mündlich bei dem Gerichtsschreiber zu Protokoll. Nothwendige Bestandtheile der Klage sind: die Bezeichnung

der Parteien und des Gerichts, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruches und ein bestimmter Antrag. Wie bereits oben ausgeführt, kann Jeder vor dem Amtsgerichte seine Sache selbst führen oder sich durch einen gehörig Bevollmächtigten — sei es einen Anwalt oder eine proceßfähige Privatperson — vertreten lassen. Nehmen wir an, ein Kaufmann Müller in Helmstedt hat an einen Particulier Meyer in Braunschweig 1000 Stück Cigarren verkauft, Letzterer verweigert Zahlung des dafür bedungenen, nicht creditirten, Kaufpreises zu 75 Mk., so würde die von Jenem zu erhebende Klage etwa lauten:

Klage

des Kaufmanns Heinrich Müller in Helmstedt
gegen

den Particulier Fritz Meyer in Braunschweig
wegen

rückständigen Kaufgeldes zu 75 Mk.

Der Beklagte kaufte von mir am 1. April 1879 1000 Stück Cigarren zu dem verabredeten Preise von 75 Mark. Derselbe hat die Waare sofort in Empfang genommen und war verabredet, daß er den Preis am 2. April zahlen solle.

Beweis: Zeugniß des Handlungscommis Julius Schrader und des Hausknechts Franz Schütte — beide zu Helmstedt.

Der Beklagte hat bis heute Zahlung nicht geleistet.
Beweis: Eid.

Ich lade denselben vor das Herzogliche Amtsgericht Braunschweig zu dem von dem Herrn Vorsitzenden anzusetzenden Termine zur Verhandlung der Sache und bitte, ihn zur Zahlung von 75 Mark nebst 5procentigen Verzugszinsen darauf seit dem 2. April dieses Jahres bis zur Zahlung und zur Tragung der Proceßkosten zu verurtheilen.

Durch Anlage A legitimirt sich der Unterzeichnete.

Heinrich Schrader.

An

Herzogliches Amtsgericht Braunschweig.

Anlage: Proceßvollmacht.

In Sachen meiner selbst wider den Particulier Fritz Meyer zu Braunschweig, Beklagten, wegen rückständigen Kaufgeldes von 75 Mk., ertheile ich hiermit dem Herrn Kaufmann Heinrich Schrader in Braunschweig Proceßvollmacht.

Helmstedt, den 29. September 1879.

Heinrich Müller.

Da vorstehende Vollmacht eine Privaturkunde ist, so muß dieselbe, falls der Gegner es verlangt, gerichtlich oder notariell beglaubigt sein.

Die Klage ist in zweifacher Ausfertigung (für das Gericht und zur Aufnahme der Zu-

stellungsbescheinigung), will der Kläger die Zustellung nicht selbst besorgen, was, wie bereits früher gesagt, anzunehmen ist, wenn nichts über die Zustellung bemerkt ist, in 3 Exemplaren, da dann das für den Beklagten hinzukommt, zu überreichen. Der Gerichtsschreiber legt das Original der Klage dem Amtsrichter vor, dieser setzt Termin zur Verhandlung an, bemerkt denselben auf der Schrift, worauf dann der Gerichtsschreiber die abgegebene Verfügung auf das für das Gericht und den Beklagten bestimmte Exemplar abschreibt und die Zustellung an den Letzteren entweder durch den Gerichtsvollzieher oder die Post veranlaßt. Der Kläger resp. dessen Vertreter erhält die Urschrift der Klage nebst der Zustellungsurkunde zurück.

Will derselbe die Zustellung an den Beklagten selbst besorgen, so bemerkt er dies auf der Klagschrift. Er erhält sodann das Original der Klage nach geschehener Ansetzung des Termines zurück und sendet dasselbe nebst der für den Beklagten bestimmten Abschrift, auf welcher ebenfalls der Termin zu vermerken ist, entweder an einen Gerichtsvollzieher des Wohnorts des Beklagten, damit dieser die Zustellung direct bewirke, oder er übergiebt es einem Gerichtsvollzieher an seinem Wohnort oder dem Sitz seines Gerichts, damit dieser die Klage durch Vermittelung der Post zustelle. Auch in diesen Fällen erhält der Kläger resp. dessen Bevollmächtigter das

Original der Klage mit der Zustellungsbescheinigung zurück. Zwischen dem Termin und der Zustellung muß ein Zeitraum von 3 Tagen, und wenn die letztere in einem andern Amtsgerichtsbezirk geschieht, von 1 Woche liegen.

Ist die Klage von dem Kläger mündlich zum Protokoll des Gerichtsschreibers abgegeben, so sorgt dieser auch ohne Weiteres für die Zustellung derselben an den Beklagten, falls der Kläger nicht wiederum ausdrücklich erklärt hat, daß er selbst zustellen wolle. Eine Abschrift des Klagprotokolls mit der darauf befindlichen Terminbestimmung und Zustellungsbescheinigung wird dem Kläger vom Gerichtsschreiber zugestellt.

In der mündlichen Verhandlung hat der Amtsrichter die Proceßhandlungen zu leiten und den Parteivorträgen die nöthige Richtung zu geben.

Will eine Partei die Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts vorschützen, so muß sie dies vor der mündlichen Verhandlung thun, da in der Unterlassung der zeitigen Einbringung dieser Einrede die stillschweigende Billigung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit gefunden werden soll. Ist das Gericht sachlich — z. B. wegen der Höhe des zu verfolgenden Klaganspruches — unzuständig, so hat es den Beklagten, bevor derselbe zur Hauptsache verhandelt, hierauf aufmerksam zu machen. Wird in Folge dessen die Unzuständigkeit ausgesprochen, so hat das Gericht die

Sache auf Antrag des Klägers vor das Landgericht zu verweisen.

Jeder, der eine Klage erheben will, kann zunächst den Gegner unter Angabe des Anspruches zum Zweck eines Güteversuchs vor das Amtsgericht laden resp. laden, und wird, falls beide Parteien im Termine erscheinen und ein Vergleich zu Stande kommt, derselbe zu Protocoll festgestellt. Wird die Güte abgelehnt, so können die Parteien den Rechtsstreit sofort verhandeln und erfolgt in diesem Falle die Erhebung der Klage durch mündlichen Vortrag. Ueberhaupt ist es nicht nöthig, förmlich Klage zu erheben, vielmehr können die Parteien an jedem ordentlichen Gerichtstage* vor Gericht erscheinen, ihre Sache vortragen und Entscheidung verlangen.

Beweisaufnahme.

Ist eine Beweisaufnahme erforderlich, so erfolgt dieselbe regelmäßig vor dem Proceßgericht und nur höchst ausnahmsweise vor einem beauftragten oder ersuchten Richter. Dieselbe ist, falls sie ein besonderes Verfahren erfordert, durch

* Nach § 1 des Braunschweigischen Gesetzes, betreffend die Ausführungen der deutschen Proceßordnungen vom 1. April 1879 Nr. 12 haben die Amtsgerichte bei Beginn des Geschäftsjahres die ordentlichen Gerichtstage, an welchen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten regelmäßig Recht gesprochen werden soll, festzusetzen und öffentlich bekannt zu machen.

einen vom Gericht zu erlassenden Beweisschluß anzuordnen. Eine Vervollständigung der Beweisaufnahme ist bis zum Schlusse derjenigen mündlichen Verhandlung zulässig, auf welche das Urtheil ergeht, kann sogar noch in der Berufungsinstanz erfolgen, vorausgesetzt jedoch, daß das Verfahren dadurch nicht unnöthig verschleppt wird, oder daß die Partei nachweist, sie sei ohne ihre Schuld behindert gewesen, in dem früheren Termine zu erscheinen.

Beweismittel sind: Augenschein, Zeugen, Sachverständige, Urkunden, Eid.

Beweismittel.

Beruft sich eine Partei auf Augenschein, so muß sie denjenigen Gegenstand, welcher in Augenschein genommen werden soll, sowie die zu beweisenden Thatfachen genau bezeichnen.

Augenschein.

Die Antretung des Zeugenbeweises erfolgt durch Benennung der Zeugen und Bezeichnung der von denselben zu bekundenden Thatfachen. Die Ladung der Zeugen erfolgt von Amtswegen durch den Gerichtsschreiber. Ein ohne genügende Entschuldigung nicht erschienener Zeuge ist, ohne daß es eines Antrages bedarf, in die durch das Ausbleiben verursachten Kosten, sowie zu einer Geldstrafe bis zu 300 M. und für den Fall, daß diese nicht beizutreiben ist, zur Haftstrafe bis zu 6 Wochen zu verurtheilen. Im Fall wiederholten Ausbleibens kann die Strafe noch einmal erkannt, auch die zwangsweise Vorführung

Zeugen.

des Zeugen angeordnet werden. Zur Verweigerung des Zeugniſſes ſind berechtigt: Verlobte, Ehegatten einer Partei, dieſenigen, welche mit derſelben in gerader Linie verwandt oder verſchwägert — Eltern und Kinder, Großeltern und Enkel, Stief- und Schwiegereltern und Kinder — oder in der Seitenlinie bis zum 3. Grade verwandt — z. B. Onkel und Nefſe — oder bis zum 2. Grade verſchwägert ſind — z. B. Schwäger — ferner Geiſtliche rückſichtlich des ihnen bei Ausübung der Seelſorge Anvertrauten, ſonſtige Perſonen, wenn ihnen kraft ihres Amtes oder Standes u. ſ. w. Thatſachen anvertraut ſind, deren Geheimhaltung geboten iſt — z. B. Aerzte und Advocaten — rückſichtlich dieſer Thatſachen. Das Zeugniß kann verweigert werden über Fragen, deren Beantwortung dem Zeugen oder einem Angehörigen einen unmittelbaren vermögensrechtlichen Schaden verurſachen, oder zur Unehre gereichen, oder die Gefahr ſtrafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde, oder welche er nicht würde beantworten können, ohne ein Kunſt- oder Gewerbegeheimniß zu offenbaren. Ueber die Rechtmäßigkeit der Weigerung, welche vor dem Termine ſchriftlich oder mündlich zu Protokoll des Gerichtſchreibers, oder in dem Termine vor Gericht anzubringen iſt, entſcheidet das Gericht nach Anhörung der Parteien durch ein Zwiſchenurtheil, gegen welches ſofortige Be-

ſchwerde zuläſſig iſt. Jeder Zeuge iſt einzeln und in der Regel nach vorgängiger Beeidigung zu vernehmen, jedoch können die Parteien auf die Beeidigung verzichten. Unbeeidigt werden vernommen: Perſonen unter 16 Jahr, ſolche, welche nach dem Strafgeſetzbuch unfähig ſind, als Zeugen eidlich vernommen zu werden, (wegen Meineids Verurtheilte), welche Verwandte der Parteien ſind, oder ſonſt zu denſelben in naher Beziehung ſtehen und welche bei dem Ausgange des Proceſſes unmittelbar intereſſirt ſind. — Die Parteien können ſelbſtändig Fragen an die Zeugen richten.

Im Allgemeinen finden auf den Sachverſtändigenbeweis die Vorſchriften über den Zeugenbeweis Anwendung. Die Beweisantretung erfolgt hier lediglich durch Bezeichnung der zu begutachtenden Punkte, während die Auswahl der Sachverſtändigen dem Gericht überlaſſen bleibt. Nur wenn ſich die Parteien über beſtimmte Sachverſtändige einigen, ſo hat das Gericht dieſelben zuziehen. Erſcheint ein geladener Sachverſtändiger nicht, ſo hat er die durch ſein Ausbleiben verurſachten Koſten zu tragen und wird außerdem in eine Geldſtrafe bis zu 300 Mk. verurtheilt. Im Falle wiederholten Ungehörjams kann auf Geldſtrafe bis zu 600 Mk. erkannt werden.

Zeugen und Sachverſtändige haben nach Maß-

Sachverſtändige.

gabe der Gebührenordnung Anspruch auf Entschädigung für Zeitverlust resp. Vergütung der Auslagen und Mühewaltung. Vergl. die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878.

•id.

Eideszuschiebung ist nur über Thatfachen zulässig, welche in Handlungen des Gegners oder seiner Vertreter bestehen, oder welche Gegenstand der Wahrnehmung dieser Personen gewesen sind. Eine Zurückschiebung des Eides ist unzulässig, wenn die Partei, welcher der Eid zugeschoben ist, nicht aber die Gegenpartei, über ihre eigene Handlung resp. Wahrnehmung zu schwören haben würde.

Die Partei, welcher der Eid zugeschoben ist, muß sich erklären, ob sie denselben annehmen oder zurückschieben will; unterläßt sie dies, oder schiebt sie den Eid unzulässiger Weise zurück, so gilt der Eid als verweigert, wogegen ein zurückgeschobener Eid auch ohne Erklärung über die Annahme als angenommen betrachtet wird.

Durch Leistung des Eides wird voller Beweis der beschworenen Thatfachen erbracht; dieselbe Wirkung hat die Erlassung des Eides seitens des Gegners. Bei erfolgter Eidesweigerung gilt das Gegentheil der zu beschwörenden Thatfachen als erwiesen. Erscheint der Schwurpflichtige in dem zur Eidesleistung angesetzten Termine nicht, so wird auf Antrag des Gegners ein Versäum-

nißurtheil dahin erlassen, daß der Eid als verweigert anzusehen sei.

Hat ein mit anderen Beweismitteln unternommener Beweis das Gericht nicht genügend von der Wahrheit der zu beweisenden Thatfachen überzeugt, so kann dasselbe der einen oder andern Partei den sog. richterlichen Eid auferlegen.

Die Antretung des Urkundenbeweises erfolgt durch Vorlegung der Urkunde, oder, falls sich dieselbe in den Händen des Gegners befindet, durch den Antrag, dem Gegner die Vorlegung aufzugeben. Eine solche Auflage kann aber von dem Gericht nur erteilt werden, wenn der Beweisführer die Urkunde aus einem privatrechtlichen Grunde, etwa weil sie in seinem Eigenthum oder Miteigenthum steht, oder weil der Gegner sich zu Hingabe derselben verpflichtet hat, verlangen kann, oder wenn die Urkunde für den Beweisführer und den Gegner eine gemeinschaftliche ist, z. B. wenn gegenseitige Rechtsverhältnisse, Kauf-, Miethverträge oder dergl. darin bekundet sind. Kommt der Gegner der Anordnung, eine Urkunde vorzulegen, oder den für diesen Fall vom Gesetz vorgesehenen Eid: „daß er die Urkunde nicht besitze, sie nicht absichtlich beseitigt habe, auch nicht wisse, wo sie sei,“ zu leisten, nicht nach, so ist, falls eine Abschrift der Urkunde beigebracht ist, diese als beweistüchtig anzusehen, oder es können die Be-

Urkunden.

hauptungen des Beweisführers über die Beschaffenheit und den Inhalt der Urkunde als erwiesen angenommen werden. Dessen Urkunden gelten ohne Weiteres für echt, über die Echtheit von Privaturkunden muß sich der Gegner des Beweisführers erklären und ist, falls eine Erklärung nicht erfolgt, die Urkunde als anerkannt anzusehen, vorausgesetzt jedoch, daß die Partei vorher vom Gericht zur Erklärung über die Echtheit aufgefordert ist.

Urtheil.

Nach geschlossener mündlicher Verhandlung verkündet das Gericht das Urtheil, oder aber es wird zu diesem Zweck ein nicht über eine Woche hinauszuschiebender Termin angesetzt. Die Wirksamkeit der Verkündigung des Urtheils ist von der Anwesenheit der Parteien nicht abhängig, dieselbe gilt vielmehr auch derjenigen Partei gegenüber als bewirkt, welche den Verkündigungstermin versäumt hat. Wollen die Parteien eine Ausfertigung des Urtheils haben, so müssen sie einen desfallsigen Antrag stellen.

Glaubt eine Partei, daß in dem Urtheile, soweit es die streitigen Thatfachen feststellt, Unrichtigkeiten, Auslassungen, Dunkelheiten oder Widersprüche enthalten sind, so kann sie die Berichtigung binnen einer einwöchigen Frist durch einen Schriftsatz beantragen, in welchem außer der Einbesserung auch die Ladung des Gegners zur mündlichen Verhandlung beantragt wird.

Versäumnis.

Erscheint der Kläger im Verhandlungstermin nicht, so ist er auf Antrag des Beklagten mit der Klage abzuweisen; erscheint der Beklagte nicht, so werden die vom Kläger vorgetragenen Thatfachen als erwiesen angenommen und, soweit durch dieselben der Klagantrag gerechtfertigt erscheint, der Beklagte verurtheilt. Der Partei, gegen welche ein Versäumnisurtheil ergangen ist, steht gegen dasselbe ein binnen zwei Wochen, von der Zustellung des Urtheils an gerechnet, in einem Schriftsatz anzubringender Einspruch zu, welcher die Bezeichnung des Urtheils, gegen welches Einspruch erhoben wird, die bestimmte Erklärung, daß Einspruch erhoben werde, und die Ladung des Gegners zur mündlichen Verhandlung enthalten muß. Die durch Versäumnis entstandenen Kosten fallen der säumigen Partei zur Last.

C. Das Verfahren vor den Landgerichten, dem Oberlandes- und dem Reichsgericht.

Dasselbe kann hier füglich unerörtert bleiben, da die Parteien bei diesen Gerichten immer nur unter Beistand eines Anwalts auftreten und daher die nöthigen Rathschläge von diesem am besten sich werden einholen können. Bemerkt muß nur noch werden, daß bei Ehesachen, d. h. bei Rechtsstreitigkeiten, welche die Trennung, Nichtigkeit oder Ungültigkeit einer Ehe oder die

Herstellung des ehelichen Lebens zum Gegenstande haben, und welche, wie auch bereits früher bemerkt, ausschließlich zur Zuständigkeit der Landgerichte gehören, seitens des Klägers bei dem Amtsgericht, vor welchem der Ehemann seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, die Anberaumung eines Gütertermins beantragt und zu demselben der Gegner vorgeladen werden muß. Ein solcher Sühneversuch ist nur ausnahmsweise nicht erforderlich, wenn der Aufenthalt des oder der Beklagten im Auslande oder unbekannt ist, wenn dem Sühneversuch ein schwer zu beseitigendes Hinderniß entgegensteht, welches vom Kläger nicht verschuldet ist, und wenn die Erfolglosigkeit des Sühneversuchs mit Bestimmtheit vorauszu-
sehen ist. Ueber das Vorhandensein dieser Voraussetzungen entscheidet der Vorsitzende des Landgerichts ohne vorgängiges Gehör des Beklagten.

D. Rechtsmittel.

Rechtsmittel sind diejenigen processualischen Handlungen, durch welche eine noch nicht rechtskräftige Entscheidung vor einem höheren Gericht angefochten werden soll. Sie bestehen in der Berufung, der Revision und der Beschwerde. Die beiden erstgenannten gehen gegen Endurtheile, die zuletzt gedachte gegen andere Entscheidungen des Gerichts; Berufung gegen Endurtheile erster,

Revision gegen solche zweiter Instanz. Da auch bei ihnen die Parteien sich stets eines Anwalts werden bedienen müssen, weil dieselben vor höheren Gerichten durchzufechten sind, so ist auch hier ein näheres Eingehen auf dieselben überflüssig.

E. Wiederaufnahme des Verfahrens.

Ein bereits rechtskräftiges, nach den gewöhnlichen Grundsätzen nicht mehr anzufechtendes, Endurtheil kann unter Umständen mit der Nichtigkeits- oder der Restitutionsklage wieder aufgehoben werden. Die erstere findet statt, wenn das erkennende Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt war, wenn ein kraft Gesetzes ausgeschlossener, oder ein wegen Besorgniß der Befangenheit abgelehnter Richter bei der Entscheidung mitgewirkt hat, oder wenn eine Partei nicht gehörig vertreten war; die Restitutionsklage, wenn das Urtheil auf einen falschen Eid, auf eine falsche Urkunde, auf eine falsche Zeugen- oder Sachverständigen-Aussage gegründet ist, wenn dasselbe von dem Vertreter der Partei, oder dem Gegner oder dessen Vertreter durch eine strafbare Handlung herbeigeführt, oder ein Richter mitgewirkt hat, der sich in Beziehung auf den Rechtsstreit einer strafbaren Verletzung seiner Amtspflicht schuldig gemacht hat, wenn das Urtheil auf ein später wieder aufgehobenes strafgerichtliches Urtheil

gegründet ist, oder wenn die Partei ein früher in derselben Sache erlassenes Urtheil oder eine neue Urkunde auffindet, welche eine ihr günstigere Entscheidung herbeigeführt haben würde. Beide Klagen sind bei dem Gericht, welches das angefochtene Urtheil erlassen hat, innerhalb einer Frist von einem Monat anzubringen und wird diese Frist von dem Zeitpunkt an berechnet, wo die Partei von dem Anfechtungsgrunde Kenntniß erhalten hat; beginnt jedoch nie vor eingetretener Rechtskraft des Urtheils (1 Monat seit der Verkündigung). Nach Ablauf von 5 Jahren seit eingetretener Rechtskraft ist keine von beiden Klagen mehr zulässig. Dieselben sind übrigens in der gewöhnlichen Weise anzustellen und müssen die Bezeichnung des angefochtenen Urtheils, die Erklärung, ob Nichtigkeits- oder Restitutionsklage erhoben werde, die Bezeichnung des Anfechtungsgrundes, die Angabe der Beweismittel für solchen, die Darlegung, daß die Frist zur Einbringung innegehalten sei, und die Erklärung, in wie weit das betr. Urtheil angefochten und wie es abgeändert werden soll, enthalten.

F. Besondere Arten des Verfahrens.

1. Das Mahnverfahren.

Dasselbe gehört ausschließlich vor die Amtsgerichte. Wie bereits nach dem Braunschwei-

gischen Gesetze vom 7. April 1864 Nr. 2, so können auch künftig (C.-Pr.-D. §§ 593 ff.) Ansprüche, welche auf Zahlung einer bestimmten Geldsumme oder Lieferung einer bestimmten Quantität vertretbarer Sachen (z. B. Korn) und Werthpapiere gehen und welche nicht mehr durch eine rückständige Gegenleistung bedingt sind (z. B. fann, wenn der bei einem Kaufgeschäft vereinbarte Preis eingeklagt werden soll und der Verkäufer ist noch mit der Uebergabe der Waare oder des sonst verkauften Gegenstandes im Rückstande, das Mahnverfahren nicht Platz greifen), in einem Mahnverfahren, welches für den Gläubiger den Vortheil schneller und einfacher Erledigung hat, geltend gemacht werden. Der Gläubiger hat zu dem Zweck bei dem Gericht, bei welchem der Schuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, einen Antrag auf einen Zahlungsbefehl einzureichen, welcher die genaue Bezeichnung der Parteien, des Gerichts, die bestimmte Angabe des Betrages, Gegenstandes und Grundes des Anspruches enthalten muß. Das Gericht erläßt hierauf, falls alle Erfordernisse vorliegen, den Zahlungsbefehl. Wird von dem Schuldner binnen 14 Tagen nach Erlass desselben nicht gezahlt, auch kein Widerspruch erhoben, so wird auf neuen Antrag des Gläubigers der Zahlungsbefehl für vollstreckbar erklärt, falls nicht seit Ablauf der in demselben gesetzten Frist bereits

6 Monat vergangen sind, in welchem Fall der Befehl wirkungslos wird.

2. Urkunden und Wechselproceß.

Für einen Anspruch, welcher ebenso gestaltet ist, wie unter der vorigen Nummer (Mahnverfahren) angegeben, kennt die C.-Pr.-D. eine besonders beschleunigte Art des Verfahrens, falls sämtliche zur Begründung desselben erforderlichen Thatfachen durch Urkunden bewiesen werden können. Die Klage wird zwar ganz wie im ordentlichen Verfahren angestellt, aber es können Einreden u. s. w. nur mit Erfolg vorgebracht werden, wenn dieselben durch Urkunden oder Eideszuschreibung erwiesen werden sollen. Bringt der Beklagte Einreden, welche nicht durch diese Beweismittel unterstützt sind, so ist er im Urkundenproceß zu verurtheilen, jedoch werden ihm seine Rechte vorbehalten und kann er dieselben im ordentlichen Verfahren noch geltend machen. Siegt er hier, so wird das im früheren Verfahren abgegebene Urtheil wieder aufgehoben. Eine besondere Art des Urkundenprocesses ist der Wechselproceß, d. h. das Verfahren, in welchem Ansprüche aus Wechseln geltend gemacht werden sollen. Die Wechselklage kann bei dem Gericht, in welchem der Beklagte seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, oder bei dem Gericht des Zah-

lungsortes angebracht werden. Im Uebrigen gelten die Regeln des Urkundenprocesses.

Ueber das Verfahren in Ehe- und Entmündigungssachen vergl. §§ 568 ff. der C.-Pr.-D.

G. Die Zwangsvollstreckung.

Sie findet statt:

1. Aus rechtskräftigen, d. h. weder durch Einspruch, noch durch Rechtsmittel anfechtbaren Endurtheilen inländischer Gerichte.
2. Aus nicht rechtskräftigen, aber für vorläufig, d. h. bis zur Verkündigung ihrer Aufhebung oder Abänderung vollstreckbar erklärten, inländischen Endurtheilen.
3. Aus rechtskräftigen ausländischen Urtheilen, nachdem die Zulässigkeit ihrer Vollstreckung in Folge einer bei dem inländischen allgemeinen Gerichtsstande des Schuldners, oder bei dem Gericht, in dessen Bezirk sich Vermögen desselben befindet, erhobenen Klage, durch Vollstreckungsurtheil ausgesprochen ist.
4. Aus dem nach der Klageerhebung zur Beilegung des Rechtsstreites oder einzelner Streitpunkte gerichtlich abgeschlossenen Vergleichen.
5. Aus den nur durch Beschwerde anfechtbaren Entscheidungen.
6. Aus Vollstreckungsbefehlen im Mahnverfahren.
7. Aus von einem deutschen Gericht oder Notar

innerhalb der Grenzen seiner Amtsbefugnisse in der vorgeschriebenen Form errichteten, die Zahlung einer bestimmten Quantität von Geld oder andern vertretbaren Sachen oder Werthpapieren betreffenden Urkunden, wenn sich der Schuldner darin der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat.

8. Auf Grund anderer dazu nach Landesgesetzen geeigneter Schuldtitel (z. B. wegen rückständiger Steuern).

Die Vollstreckung erfolgt durch den Gerichtsvollzieher im Auftrage des Gläubigers oder des von diesem ersuchten Gerichtsschreibers, und zwar auf Grund einer vom Gerichtsschreiber des betreffenden Gerichts oder von einem Notar unterschriebenen und untersiegelten, mit der Vollstreckungsclausel versehenen, Ausfertigung eines vollstreckbaren Schuldtitels (vergl. oben Nr. 1—8), welche nur auf Anordnung des Vorstehenden und unter Benachrichtigung des Schuldners wiederholt erteilt werden darf. Die oben unter Nr. 6 gedachten Vollstreckungsbefehle bedürfen der Vollstreckungsclausel nur dann, wenn auf Seiten des Gläubigers oder Schuldners seit ihrer Erlassung eine Rechtsnachfolge eingetreten ist. Der Auftrag an den die Vollstreckung leitenden Gerichtsvollzieher kann schriftlich oder mündlich erteilt werden, ist aber nur dann wirksam, wenn demselben zugleich die vollstreckbare Ausfertigung

übergeben wird. Der Gerichtsvollzieher muß Acten halten, deren Einsicht den Betheiligten gestattet ist und über jede Vollstreckungshandlung ein Protokoll aufnehmen, welches öffentlichen Glauben hat. Nach Empfang der Leistung hat er die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels nebst einer Quittung dem Schuldner auszuliefern, bei theilweiser Leistung diese, unter Quittirung über den Betrag, auf der Ausfertigung zu bemerken. Auch kann der Schuldner außerdem eine Quittung des Gläubigers selbst fordern.

Ueber die einzelnen Arten der Zwangsvollstreckung, über die Vollstreckungsmittel im Allgemeinen und Besonderen, über den Offenbarungseid, die Haft, welche zur Erwirkung der Vornahme von Handlungen, als Strafe für Zuwiderhandlungen gegen Verbote und zur Erwirkung der Leistung eines Offenbarungseides bis zur Dauer von 6 Monaten zulässig ist, über den Arrest und einstweilige Verfügungen und Sicherheitsmaßregeln enthält die C.-Pr.-D. in ihrem 8. Buche sehr eingehende Bestimmungen, auf welche näher einzugehen über den Bereich dieser Abhandlung hinaus gehen würde.*

* Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen ist der Landesgesetzgebung vorbehalten und für Braunschweig durch das ziemlich umfangreiche Gesetz vom 10. Juli 1879 geregelt.

Competent als Zwangsvollstreckungsgerichte sind die Amtsgerichte, welche in der Regel über alle bei der Vollstreckung vorkommenden Streitigkeiten zu entscheiden haben. Ein Widerspruch Dritter auf Grund eines die Vollstreckung hindernden Rechts ist bei dem Gericht, in dessen Bezirk die Vollstreckung erfolgt, mittels Klage geltend zu machen, welche in jedem Fall gegen den Gläubiger zu richten ist.

Der Gerichtsvollzieher hat die Zwangsvollstreckung einzustellen oder zu beschränken, beziehentlich die bereits erfolgten Vollstreckungsmaßregeln wieder aufzuheben, wenn die Ausfertigung einer entgegenstehenden vollstreckbaren Entscheidung, wonach die Einstellung der Vollstreckung angeordnet, oder öffentlichen Urkunde, wonach die zur Abwendung der Vollstreckung nachgelassene Sicherheitsleistung erfolgt ist, oder einer öffentlichen oder vom Gläubiger ausgestellten Privaturkunde, wonach der Gläubiger nach Erlass des Urtheils befriedigt ist, oder Gestundung bewilligt hat, oder ein Postschein vorgelegt wird, aus welchem sich die Einzahlung der Schuldsomme bei der Post ergibt.

Der Gerichtsvollzieher ist behuf Ermöglichung der Vollstreckung befugt, die Wohnung und Behältnisse des Schuldners zu durchsuchen und zu dem Zweck verschlossene Thüren und Behältnisse zu öffnen. Findet er Widerstand, so kann er

polizeiliche, nöthigenfalls militairische Hülfe requiriren, doch muß er dann zwei volljährige Männer, oder einen Gemeinde-, oder Polizeibeamten als Zeugen zuziehen. Letztere Bestimmung findet auch Anwendung, wenn er die Vollstreckung in Abwesenheit des Schuldners oder dessen Familie vornehmen will. An Sonn- und Feiertagen, sowie zur Nachtzeit, (vom 1. April bis 30. September 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens und vom 1. October bis 31. März 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens) darf eine Zwangsvollstreckung nur mit Genehmigung des Amtsrichters und unter Vorzeigung der Ermächtigungsbescheinigung ausgeführt werden.

Die nothwendigen Kosten des Vollstreckungsverfahrens sind vom Schuldner zugleich mit dem Hauptanspruche beizutreiben.

H. Aufgebotsverfahren und schiedsrichterliches Verfahren.

1. Ist ein Gegner oder ein Betheiligter unbestimmt resp. unbekannt, so kann in den durch das Gesetz bestimmten Fällen derselbe vom Gericht zur Anmeldung seiner Rechte, unter Androhung der Ausschließung für den Fall der Nichtanmeldung, öffentlich aufgefordert werden. Es gehören besonders hierher Todes- und Verschollenheitserklärungen und alle Arten von

Aufgeboten zur Amortisation von Urkunden und Werthpapieren. Sachlich zuständig für das Aufgebotsverfahren sind die Amtsgerichte und nur für die Anfechtungsklage die Landgerichte. Der Antrag auf Erlassung eines Aufgebotes kann schriftlich eingereicht oder mündlich bei dem Gerichtsschreiber zu Protokoll gegeben werden. Ist derselbe zulässig, so wird, ohne daß eine mündliche Verhandlung nöthig ist, das Aufgebot erlassen und von dem Gerichtsschreiber von Amtswegen bekannt gemacht. Erfolgt in dem Aufgebots-termin keine Anmeldung, so wird auf ferneren Antrag ein Ausschlußurtheil abgegeben.

Die Zurückweisung des Antrages auf Erlassung eines Aufgebotes resp. Ausschlußurtheils erfolgt durch Gerichtsbeschluß, der durch sofortige Beschwerde angefochten werden kann.

2. Anstatt Rechtsstreitigkeiten vor Gericht zum Austrag zu bringen, können die Parteien auch das schiedsrichterliche Verfahren eintreten lassen, sobald nur ein Vergleich über den Streitgegenstand überhaupt zulässig ist. In der Regel hat jede Partei einen Schiedsrichter zu ernennen. Die Schiedsrichter sollen beide Parteien hören, sind aber im Uebrigen an Rechtsregeln und Proceßvorschriften nicht gebunden. Ihr Spruch hat die Wirkung eines

rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils, kann für vollstreckbar erklärt und nur ausnahmsweise und aus ganz bestimmten Gründen, z. B. wenn eine Partei zur Vornahme einer verbotenen Handlung verurtheilt ist, wenn der Spruch nicht mit Gründen versehen, oder eine Partei nicht gehört ist (vergl. § 867) — mit der Aufhebungs-klage angefochten werden.

II. Verfahren in Strafsachen.

Allgemeines.

Anklage.

Eine gerichtliche Untersuchung kann regelmäßig allein auf Grund einer von der Staatsanwaltschaft erhobenen öffentlichen Klage eingeleitet werden und nur ausnahmsweise auf Grund des Vorgehens der Verwaltungsbehörde (polizeiliche Strafverfügungen, bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Erhebung öffentlicher Abgaben u. s. w.) oder einer Privatklage.

Zuständigkeit.

Zuständig ist im Allgemeinen dasjenige Gericht, in dessen Bezirk die strafbare Verhandlung begangen, oder der Angeschuldigte zur Zeit der Erhebung der öffentlichen Klage seinen Wohnsitz hat, oder, wenn die Handlung im Auslande begangen und ein anderer Gerichtsstand nicht begründet ist, wo er ergriffen wird. Besteht zwischen mehreren Gerichten Streit über die Zuständigkeit, oder ist das an sich zuständige Gericht behindert, oder von der Verhandlung vor demselben Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten, so hat das zunächst obere Gericht das Erforderliche anzuordnen. Der Angeschuldigte muß den Einwand der Unzuständigkeit bei Verlust desselben bis zum Schluß der Voruntersuchung, und falls eine solche nicht stattgefunden hat, in der Hauptverhandlung bis zur Verlesung des Beschlusses

über die Eröffnung des Hauptverfahrens geltend machen.

Ablehnung von
Gerichtspersonen.

Die Staatsanwaltschaft, der Privatkläger und der Beschuldigte können Richter, Gerichtsschreiber, Geschworene und Schöffen ablehnen, wenn Besorgniß der Befangenheit, d. h. wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit zu rechtfertigen. Das Ablehnungsgeſuch ist bei dem Gericht, welchem der abzulehnende Richter angehört, anzubringen. Aus den im § 22 ausgeführten Gründen ist ein Richter zc. kraft Gesetzes ausgeschlossen.

Richterliche
Entscheidungen.

Das Urtheil sowohl (d. h. der die Hauptverhandlung schließende, auf Freisprechung, Verurtheilung oder Einstellung des Verfahrens* lautende Ausspruch des Gerichts), als auch Beschlüsse und Verfügungen erfolgen auf Grund nicht öffentlicher Berathung und Abstimmung. Für die Entscheidung über die Schuldfrage muß eine Mehrheit von zwei Dritttheilen vorhanden sein. Die Entscheidungen werden bei Anwesenheit der betreffenden Person durch Verkündung, sonst durch Zustellung, welche regelmäßig (ausgenommen sind nur Verfügungen der Amts- und Untersuchungsrichter) durch die Staatsanwaltschaft geschieht, bekannt gemacht.

* bei den sog. Antragsdelicten, wenn sich ergibt, daß der erforderliche Strafantrag nicht gestellt oder wieder zurückgenommen ist. —

Wiedereinsetzung
in den vorigen
Stand.

Gegen Versäumung von Fristen oder Gerichtstagen wird auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle, (auch wenn derselbe von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntniß erlangt hat) an der Einhaltung derselben gehindert ist. Ein Gesuch um Wiedereinsetzung muß binnen einer Woche nach Beseitigung des Hindernisses unter Nachholung der versäumten Handlung angebracht werden. Durch dasselbe wird die Vollstreckung nicht gehemmt.

Vorführung, Ver-
haftung und vor-
läufige Festnahme.

Der Beschuldigte, welcher nach Eröffnung des Hauptverfahrens „Angeklagter“ heißt, muß, entsprechend seiner Stellung als Partei, in den Verhandlungen persönlich zugegen sein. Zu seiner Vernehmung soll er schriftlich, unter Androhung der Vorführung für den Fall des Nichterscheinens, geladen werden, auch kann die sofortige Vorführung verfügt werden, wenn Gründe vorliegen, welche die Erlassung eines Haftbefehls rechtfertigen würden. Dies ist nur der Fall, wenn dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorliegen und entweder er der Flucht verdächtig, oder Thatfachen vorhanden sind, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der That vernichten, oder Zeugen und Mitschuldige zu einer falschen Aussage, oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugenpflicht zu entziehen. Der Verdacht der

Flucht bedarf keiner weiteren Begründung, wenn ein Verbrechen (d. h. eine mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft über 5 Jahr bedrohte Handlung vorliegt) wenn der Angeeschuldigte ein Heimathloser, Landstreicher oder nicht im Stande ist, sich über seine Persönlichkeit auszuweisen und wenn derselbe ein Ausländer ist und begründeter Zweifel besteht, daß er sich auf eine Ladung stellen oder einem Urtheil Folge leisten werde. Die Verhaftung und Vorführung erfolgt auf Grund eines richterlichen, schriftlichen Haftbefehls, in welchem der Angeeschuldigte genau zu bezeichnen und die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung sowie der Grund der Verhaftung anzugeben ist. Dem Angeeschuldigten ist der Haftbefehl bei seiner Verhaftung oder spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängniß mitzutheilen; auch muß derselbe spätestens an diesem Tage durch einen Richter über den Gegenstand der Beschuldigung gehört werden. Ist die Verhaftung wegen Verdachts der Flucht angeordnet, so kann dieselbe gegen Sicherheitsleistung abgewandt werden. (§§ 117 ff. überhaupt 112 ff.). Wird Jemand auf frischer That betroffen und ist er der Flucht verdächtig, oder kann seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden, so ist Jedermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Haftbefehl festzunehmen; auch können der Staatsanwalt und die Polizei- und die Sicher-

heitsbeamten zur vorläufigen Festnahme schreiten, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls vorliegen und Gefahr im Verzuge ist. Der vorläufig Festgenommene ist unverzüglich dem Amtsrichter des betreffenden Bezirks vorzuführen und von diesem spätestens an dem Tage nach der Vorführung zu vernehmen. Auf Grund eines Haftbefehls können Steckbriefe erlassen werden, ohne einen solchen nur, wenn ein Festgenommener entweicht oder sich sonst der Bewachung entzieht.

Verteidigung.

Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Verteidigers bedienen, den er regelmäßig aus der Zahl der bei deutschen Gerichten zugelassenen Rechtsanwälte oder der Rechtslehrer an deutschen Universitäten zu wählen hat. Nothwendig ist die Verteidigung bei Sachen, welche in erster Instanz vor das Reichsgericht oder die Geschworenengerichte gehören, wenn der Angeeschuldigte taub oder stumm ist, oder das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und wenn ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet (abgesehen jedoch von den sog. Rückfallsverbrechen) und der Beschuldigte die Bestellung eines Verteidigers beantragt (vergl. §§ 137 ff.). Dem verhafteten Beschuldigten ist ein schriftlicher Verkehr mit seinem Verteidiger gestattet, jedoch kann das Gericht bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens Vorlegung der Correspondenz verlangen.

Der Ehemann einer Angeklagten, der Vater, Adoptivvater oder Vormund eines minderjährigen Angeklagten sind in der Hauptverhandlung zuzulassen, auch auf Verlangen zu hören.

Gegenstände, welche als Beweismittel für die Untersuchung dienen oder der Einziehung unterliegen (was der Fall ist, wenn sie zu Begehung einer strafbaren Handlung benutzt, oder durch eine strafbare Handlung hervorgebracht sind), müssen dem Gericht auf Verlangen herausgegeben werden und sind, falls dies nicht freiwillig geschieht, zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme geschieht auf Anordnung des Richters, bei Gefahr im Verzuge, des Staatsanwalts oder der Polizei- und Sicherheitsmannschaften. Die vorläufige Beschlagnahme durch Letztere muß binnen 3 Tagen gerichtlich bestätigt werden.

Beschlagnahme
und Durchsuchung.

Bei Demjenigen, welcher als Thäter oder Theilnehmer einer strafbaren Handlung, oder als Begünstiger oder Fehler verdächtig ist, kann eine Durchsuchung der Wohnung zc., sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen vorgenommen werden, bei andern Personen nur, beauftragt der Beschuldigten, Verfolgung von Spuren oder Auffindung von Beweismitteln. Die Durchsuchung erfolgt wiederum nur auf richterliche Verfügung oder, wenn Gefahr im Verzuge ist, durch Veranlassung des Staatsanwalts und der Polizei- und Sicherheitsbehörden.

Zur Nachtzeit (im Sommer von 9 bis 4, im Winter von 9 bis 6 Uhr) darf die Wohnung und das befriedete Besizthum nur bei Verfolgung auf frischer That, oder bei Gefahr im Verzuge, oder wenn es sich um Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt, durchsucht werden, doch findet diese Beschränkung keine Anwendung auf Wohnungen von Personen, welche unter Polizeiaufsicht stehen, auf Räume, welche zur Nachtzeit Jedermann offenstehen oder der Polizei als Schlupfwinkel des Verbrechens und der Viederlichkeit bekannt sind. Wenn die Durchsuchung ohne Beisein des Richters oder Staatsanwalts stattfindet, so sind, falls irgend möglich, ein Gemeindebeamter oder zwei Gemeindegewohner als Zeugen zuzuziehen. Der Inhaber der zu durchsuchenden Räume darf der Durchsuchung beiwohnen.

Zeugen.

Die Vorladung von Zeugen geschieht unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens (Tragung der Kosten, Geldstrafe bis zu 300 Mk., eventuell Haft bis zu 6 Wochen, zwangsweise Vorführung). Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: Verwandte (wie im Civilproceß), Geistliche, Aerzte, Vertheidiger, rücksichtlich dessen, was ihnen Kraft ihres Amtes oder Berufes anvertraut ist. Oeffentliche Beamte dürfen über Gegenstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, auch

wenn sie bereits außer Dienst sind, nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten oder vorgelegt gewesenen Dienstbehörde aussagen; ferner kann jeder Zeuge Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm oder seinen Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde. Jeder Zeuge ist zu beidigen. Unbeidigt werden vernommen: noch nicht 16 Jahr alte, und solche Personen, welche von der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben, Personen welche (wegen Verurtheilung wegen Meineides) unfähig sind, als Zeugen eidlich vernommen zu werden, Personen, welche hinsichtlich der in Untersuchung befindlichen That als Theilnehmer, Begünstiger oder Gehler verdächtig oder bereits bestraft sind.

Wird das Zeugniß oder die Eidesleistung ohne gesetzlichen Grund verweigert, so ist der Zeuge in die dadurch verursachten Kosten, sowie zu einer Geldstrafe bis 300 Mk., eventuell Haft bis zu 6 Wochen zu verurtheilen; auch kann zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet werden, jedoch nicht über Beendigung des Verfahrens in erster Instanz und über 6 Monat, bei Uebertretungen über 6 Wochen.

Auf die Sachverständigen finden im Allgemeinen die Vorschriften über die Zeugen Anwendung. Die Auswahl derselben erfolgt durch den Richter. Ueber Augenschein vergl. die §§ 86—93.

Sachverständige
und Augenschein.

Das Verfahren selbst.

Wie bereits oben gesagt, ist die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung durch, in der Regel von der Staatsanwaltschaft zu erhebende, Klage bedingt. Anzeigen strafbarer Handlungen sind zwecks Ermöglichung derselben bei der Staatsanwaltschaft, den Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes und den Amtsgerichten anzubringen. Die Staatsanwaltschaft geht von Amts wegen vor und hat, sobald sie von dem Verdacht einer strafbaren Handlung Kenntniß erhält, den Sachverhalt zu erforschen, um sich über Begründung des Verdachts zu informiren. Bieten die angestellten Ermittlungen genügenden Anlaß zur Erhebung der Klage, so erhebt die Staatsanwaltschaft dieselbe entweder durch einen Antrag auf Voruntersuchung (welche statthaben muß bei allen Sachen, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts und der Schwurgerichte gehören) oder durch Einreichung einer Anklageschrift bei Gericht. Andernfalls verfügt sie die Einstellung des Verfahrens und setzt hier- von den Beschuldigten in Kenntniß, falls er als solcher vom Richter vernommen, oder ein Haftbefehl gegen ihn erlassen war. Gibt die Staatsanwaltschaft einem Antrage auf Erhebung der öffentlichen Klage keine Folge, oder verfügt sie Einstellung des Verfahrens, so hat sie den An-

tragsteller unter Angabe der Gründe zu becheiden. Letzterer hat gegen diesen Bescheid, wenn er zugleich der Verletzte ist, eine binnen 2 Wochen zu verfolgende Beschwerde an den vorgesetzten Staatsanwalt und kann, wenn auch dieser ablehnenden Bescheid erteilt, den Antrag auf gerichtliche Entscheidung binnen einem Monat stellen. Erachtet das Gericht den Antrag für begründet, so beschließt es das öffentliche Verfahren; im andern Falle verwirft es denselben und setzt den Antragsteller, die Staatsanwaltschaft und den Beschuldigten in Kenntniß. Gegen den Beschluß, durch welchen die Voruntersuchung beschlossen wird, kann der Angeeschuldigte Einwand erheben, gegen den, welcher das Hauptverfahren anordnet, dagegen nicht. Der Angeeschuldigte muß in der Voruntersuchung vernommen werden und zwar in Abwesenheit des Staatsanwalts und des Verteidigers. Den Augenscheinseinnahmen und Vernehmungen von Zeugen oder Sachverständigen, welche vermuthlich in der Hauptverhandlung nicht erscheinen können, können die Parteien beiwohnen, jedoch kann der Richter einen Angeeschuldigten von der Anwesenheit bei der Verhandlung ausschließen, wenn zu befürchten ist, daß der Zeuge in seiner Gegenwart die Wahrheit nicht sagen werde. Wird ein Augenschein eingenommen, so kann der Angeeschuldigte beantragen, daß die von ihm für die Hauptverhandlung in Vorschlag zu

bringenden Sachverständigen zu dem Termin geladen werden, oder dieselben selbst laden lassen.

Ist die Voruntersuchung geführt, oder eine solche nicht nöthig, so sendet der Staatsanwalt, falls er die Sache als zur weiteren Verhandlung geeignet erachtet, die Acten nebst einer Anklageschrift dem Gericht ein. Der Vorsitzende des Gerichts stellt die Anklage dem Angeeschuldigten zu und fordert ihn auf, sich innerhalb einer bestimmten Frist zu erklären, ob er noch Untersuchungs-handlungen vor der Hauptverhandlung vorgenommen wissen wolle, oder überhaupt Einwendungen vorzubringen habe. Ueber die Anträge zc. beschließt demnächst das Gericht, ebenso über Eröffnung des Hauptverfahrens. Wird dieselbe abgelehnt und hat eine Voruntersuchung stattgefunden, so ist dem Angeeschuldigten zu eröffnen, daß er außer Verfolgung gesetzt werde.

Wird das Hauptverfahren beschloffen, so ist Termin zur Verhandlung anzusetzen und sind die nöthigen Ladungen (durch Vermittelung der Staatsanwaltschaft) zu erlassen.

Die Hauptverhandlung erfolgt in ununterbrochener Gegenwart des Gerichts und der Parteien. Erscheint der Angeklagte nicht, so ist dessen Verhaftung und Vorführung anzuordnen; eine Verhandlung kann in solchem Falle nur stattfinden, wenn die den Gegenstand der Untersuchung bildende That nur mit Geldstrafe, Haft oder

Einziehung bedroht ist. Die Leitung der Verhandlung erfolgt durch den Vorsitzenden. Derselbe ruft zunächst die Zeugen und Sachverständigen auf, vernimmt den Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse, läßt den Beschluß über Eröffnung des Hauptverfahrens verlesen und vernimmt den Angeeschuldigten über die Anklage. Bei den zuletzt gedachten beiden Handlungen sind die Zeugen nicht anwesend. Hierauf erfolgt die Beweisaufnahme. Der Angeklagte soll nach der Vernehmung jedes Zeugen oder Sachverständigen und nach Verlesung jeden Schriftstückes befragt werden, ob er noch etwas hinzuzufügen habe. Nach geschlossener Beweisaufnahme erhalten die Staatsanwaltschaft und sodann der Angeklagte das Wort. Der Angeklagte ist stets zuletzt zu hören und, auch wenn er einen Vertheidiger hat, zu befragen, ob er noch etwas zu seiner Vertheidigung vorzubringen habe. Die Hauptverhandlung schließt ab mit der Urtheilsverkündigung. Ueber die ganze Verhandlung wird ein Protokoll geführt, welches von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben ist, und welches über Beobachtung der für die Hauptverhandlung vorgeschriebenen Formlichkeiten Beweis erbringt. Rücksichtlich der näheren Bestimmungen über die Verhandlung vergleiche die §§ 225—317. Bei den Schwurgerichten erfolgt nach stattgehabter Beweisaufnahme die Frag-

stellung, darauf die Ausführungen und Anträge der Parteien zur Schuldfrage. Demnächst werden die Fragen vom Vorsitzenden unterschrieben und den Geschworenen übergeben. Diese ziehen sich zur Berathung in das Geschworenenzimmer zurück, und darf, so lange sie in demselben versammelt sind, ein Verkehr zwischen andern Personen und ihnen nicht stattfinden. Die Geschworenen wählen mittels schriftlicher Abstimmung nach Stimmenmehrheit einen Obmann, welcher die Berathung und Abstimmung leitet. Der Spruch ist von dem Obmann neben den Fragen niederzuschreiben und von ihm zu unterzeichnen. Bei jeder für den Angeklagten nachtheiligen Entscheidung ist dabei noch anzugeben, daß sie mit mehr als sieben Stimmen, bei Verneinung mildernder Umstände, daß dieselbe mit mehr als sechs Stimmen erfolgt ist. Der Spruch ist im Sitzungszimmer von dem Obmann kund zu thun. Das Gericht kann die Geschworenen auf Unvollständigkeiten und Widersprüche aufmerksam machen und eine erneuerte Berathung veranlassen. Der demgemäß berichtigte Spruch ist so niederzuschreiben, daß der frühere erkennbar bleibt. Ist der Angeschuldigte von den Geschworenen für nichtschuldig erklärt, so spricht das Gericht denselben frei, andernfalls hört es die Parteien nochmals und verkündet das Urtheil. Ist dasselbe einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen sich in

der Hauptsache zum Nachtheil des Angeklagten geirrt haben, so verweist es die Sache durch Beschluß zur neuen Verhandlung vor das Schwurgericht der nächsten Sitzungsperiode. Ueber das Verfahren gegen Abwesende vergl. §§ 318—337. An Rechtsmitteln kennt die Strafproceßordnung drei — die Beschwerde gegen Beschlüsse des Gerichts, die Berufung gegen Urtheile des Schöffengerichts und die Revision gegen solche der Land- und Schwurgerichte. Ueber die Einzelheiten vergl. die §§ 338—398.

Auch über die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Betheiligung des Verletzten bei dem Verfahren, die Privatklage (Beleidigungen und Körperverletzungen), Nebenklage und die besonderen Arten des Verfahrens, wie Strafbefehle *cc.* ist hier der vielen Einzelheiten wegen lediglich auf das Gesetz zu verweisen, nur mag noch bemerkt werden, daß die Erhebung der Privatklage sowohl durch Einreichung einer Anklageschrift als zu Protokoll des Gerichtsschreibers geschehen kann.

Die Strafvollstreckung erfolgt nach rechtskräftig gewordenem Erkenntniß durch die Staatsanwaltschaft und nur für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen durch die Amtsgerichte. Vor Vollziehung der Todesstrafe ist die Entschließung des Staatsoberhauptes (resp. bei Sachen, in denen das Reichsgericht in erster

Instanz entschieden hat, des Kaisers) einzuholen.
Ueber das Nähere vergl. auch hier das Gesetz
§§ 485—495.

Die Kosten des Verfahrens (§§ 496—506)
hat der Angeklagte zu tragen, falls er verur-
theilt wird.



Die
Buch- und Steindruckerei
von
L. Holle's Nachfolger
(Grüneberg & Zwissler)
in
Wolfenbüttel

vollständig neu eingerichtet, empfiehlt sich zur
Herstellung von

Druckarbeiten jeder Art.

Bei guter Ausführung werden die Preise möglichst
billig notirt.